

Er scheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mt., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mt. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich Ungarn 2 Mt., für das übrige Ausland 2 Mt. pr. Monat. Eingere. in der Post-Vertheilungs-Preisklasse für 1896 unter Nr. 7277.

Inspektions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitseite oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Besammlungs-Ausgaben 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verleger: Ant. L. Nr. 1508
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuth-Strasse 2.

Freitag, den 3. Juli 1896.

Expedition: SW. 19, Neuth-Strasse 3.

Der Reichstag.

dessen erster Sessionsteil gestern durch die Vertagung bis zum 10. November d. J. zum Abschluß gelangte, ist zwar von oben herab sehr belobigt worden und hat sogar das Zeugnis erhalten, daß er sich um das Vaterland wohlverdient gemacht habe, allein dieses Urtheil wird weder von der öffentlichen Meinung noch von der geschichtlichen, nicht einmal der zeitgeschichtlichen Kritik bestätigt werden. Eben- sowenig wie die meisten Urtheile von oben.

Das Lob gründet sich auf die Fertigstellung des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Diese Fertigstellung, am Ende einer arbeitsreichen ermüdenden Tagung, wo eine genaue ruhige Durchberathung unmöglich war, gereicht aber dem Reichstag keineswegs zur Ehre, denn sie mußte mit Nothwendigkeit hastig sein. Und gerade die letzten Sitzungen haben gezeigt, daß Fragen von weittragender Bedeutung binnen weniger Tage im entgegengesetzten Sinne entschieden wurden. Was in diesem Falle offenbar ward — nämlich daß der Reichstag wider Vernunft und Recht entschied —, das wäre in Duzenden von Fällen offenbar geworden, wenn die Verathung erschöpfend gewesen wäre, und wenn man nicht, ohne jeglichen zureichenden Grund, sich auf diese unwürdige — der Sache unwürdige und des Reichstags unwürdige — Durchpeitschung des Bürgerlichen Gesetzbuchs gestützt hätte.

Und Lob verdient auch nicht das Bürgerliche Gesetzbuch. Gewiß enthält es einige Fortschritte, gewiß bringt seine Einführung mancherlei Vortheile und gewiß ist die Einheitlichkeit des Rechts an sich schon ein großer Vortheil — aber diesen Vortheilen stehen schwere Mängel gegenüber.

Der Geist der Reaktion, welcher die Staatswesen der kapitalistischen Dekadenzperiode durchweht, erfüllt auch das Bürgerliche Gesetzbuch. In den wichtigsten Bestimmungen huldigt es den rückständigsten, engbrüstigsten Anschauungen, so daß die sozialdemokratische Fraktion, so wenig sie die Wichtigkeit des einheitlichen Rechts verkennet, es mit Pflicht und Gewissen nicht vereinigen konnte, bei der Gesamtuntersuchung für das Bürgerliche Gesetzbuch zu stimmen.

Auch sonst hat der Reichstag sich in der bisherigen Tagung nichts weniger als um das Vaterland verdient gemacht. Das Beste, ja man kann sagen, das einzig Gute an ihm ist das, was er nicht gemacht hat. Er hat kein neues Ausnahmegesetz verfertigt und keinen neuen großen Überlaß für Militär und Flotte gebracht.

Aber es ist noch nicht aller Tage Abend, und was nicht war, kann noch werden. Unter dem, was der Reichstag gemacht hat, wird schwerlich etwas Gutes zu finden sein. Datten wir keine große, so hatten wir doch eine kleine Militärvorlage, und durch die Verwandlung der Halb-

bataillone in Vollbataillone ist der Militarismus wiederum gestärkt, ist dem Volk eine neue dauernde Last aufgeladen worden. Im übrigen ist die Gesetzgebung — namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet — durchweg von der agrarischen Demagogie beherrscht worden. Für die Großen auf Kosten der Kleinen — das ist der Grundzug des agrarischen Strebens. Wurde auch der Antrag Kanik, der den Staat zum Großalmosenier der Junker herabwürdigte, von der Regierung und dem Reichstag vorläufig noch zurückgewiesen, so feierte dafür das Agrarierthum mit anderen Gesetzentwürfen Triumphe über Triumphe. Durch das Indergesetz erlangten sie eine neue sehr substantielle „Liebesgabe“.

Das Margarinegesetz erklärten die Regierungsvertreter zwar für unannehmbar, aber was noch nicht ist, kann noch werden, und da die Regierung ihre Hauptstütze in den agrarischen Kreisen sieht, wird sie mit der Zeit schon gezügelter werden. Daß sie überhaupt ein solches Gesetz einbrachte, statt einfach das Nahrungsmittelgesetz zu ergänzen, war schon eine Kapitulation an die Junker.

Das Börsegesetz mit seinem Verbot des Terminhandels ist ein rein agrarisches Gesetz, darauf berechnet, die Kornpreise künstlich zu erhöhen, also das Brot künstlich zu verteuern. Alle übrigen Bestimmungen des Gesetzes sind nebensächlich oder Pladerei. Den „Gistbaum“ zu moralisieren ist ebenso wenig möglich, wie die kapitalistische Gesellschaft zu moralisieren. Und daß die Herren Agrarier selber von den Früchten des Gistbaumes gern naschen, das pfeift Herr v. Plöz von einem der obersten Äste, wie die Spazierer es pfeifen von den Dächern.

Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ist aus gleichem Holze geschnitten, wie das Börsegesetz. Da es keinen Menschen giebt, der eine Definition des „unlauteren“ Wettbewerbes geben und die Grenzlinie zwischen „lauterem“ und „unlauterem“ Wettbewerb ziehen kann, so wird das Gesetz den angeblühten Zweck nicht erfüllen und bloß eine unerschöpfliche Quelle von Chikanen werden.

Diesem Gesetze verwandt, jedoch noch weit bössartiger, ist die Gewerbe-Ordnungs-Novelle, die, um einige zünftlerisch veranlagte Meister und Kleinrämer im Heerbanne der Agrarier zu halten, ein paar Mal hunderttausend fleißiger Menschen ihrer Existenz beraubt. Nun — die Herren Meister und Kleinrämer werden nicht gerechert werden —, was sie bedroht, das sind nicht die kleinen Hausirer und Detailreisenden — das ist das Großkapital; und gegen dieses ist das Gesetz nicht gemacht.

Der Reichstag hat also keineswegs das überschwängliche Lob verdient, welches ihm gestern gesendet ward. Und an die Wählerschaft können wir nur die Mahnung richten, die Zeit der Vertagung gut zu benutzen, und den Abgeordneten so kräftig ihren Willen kund zu thun, daß die userlosen Plottenpläne, die im nächsten Spätherbst vor den Reichstag gelangen werden, ohne viel Federlesens dahin befördert werden, wohin sie gehören: ins Wasser.

und seines einnehmenden Benehmens noch erinnerte. Als er zurückkehrte, fand er die Stellung Rienzi's weit mehr verändert, als seine eigene. Adrian hatte ihn noch nicht besucht; er wollte erst mit eigenen Augen sein Benehmen, dessen Beweggründe und Zwecke aus der Entfernung beobachten; denn theils neigte er sich zu dem Mißtrauen, das sein Stand gegen Rienzi nährte, theils aber entschied er sich für das begeisterte Zutrauen, welches das Volk ihm gewährt.

„Gewiß,“ sagte er jetzt zu sich selbst, als er nachdenkend weiter ging, „gewiß hat kein Mann es mehr in der Gewalt, als er, unsern krankhaften Zustand zu heilen, unsern Zwiespalt zu schlichten, in unsern Bürgern die Erinnerung an die Tugenden der Vorfahren wieder zu erwecken. Aber wie gefährlich ist diese Gewalt! Habe ich in den freien italienischen Staaten nicht Männer, die berufen wurden, für die Sache des Volkes zu wirken, zuerst rechtlich und gewissenhaft, darauf, trunken durch ihre schnelle Erhöhung, die Sache, der sie ihre Stellung verdankten, verrathen sehen? Diese Männer waren allerdings Edle und Hochgestellte, aber sind die Plebejer weniger menschlichen Schwächen unterworfen? Wie dem auch sein möge, ich habe in der Ferne genug gehört und gesehen — ich will jetzt den Mann selbst beobachten.“

Indem er so mit sich selbst sprach, beachtete Adrian wenig die Vorübergehenden, welche, jemebr der Abend heran nahte, in desto geringerer Zahl nach Hause zurückkehrten. Unter diesen befanden sich zwei Frauenzimmer, die sich jetzt mit Adrian allein in der langen und dunklen Straße befanden, in die er eingetreten war. Der Mond stand bereits hoch am Himmel, und als die Frauenzimmer mit leichtem und schnellem Schritt bei dem Ritter vorbeikamen, wendete sich die jüngere um, und sah ihn schüchtern, aber forschend an.

„Weshalb zitterst du, liebes Kind,“ sagte ihre Gefährtin, die etwa fünfundsiebzig Jahre alt sein mochte, und deren Kleidung und Stimme errathen ließen, daß sie geringeren

Guesde's Rede in der französischen Zukunftsstaats-Debatte.

Auf die albernsten Angriffe aller bürgerlichen Parteien — auch der Kerikalen: der deutsche Zukunftsstaats-Bachem hieß französisch Groß Nun — antwortete Genosse Guesde in der letzten französischen Sozialisten-Debatte so meisterhaft, daß selbst bürgerliche Blätter zugeben müssen, die Vertreter der bürgerlichen Parteien seien ihm nicht ebenbürtig gewesen. Aus Guesde's Rede lassen wir die Hauptpunkte nachstehend folgen:

Die Kammer wird mir zugestehen, daß ich mich jedesmal, wenn ich die Tribüne besteige, streng an die Frage halte, die auf der Tagesordnung steht. Aber da man die sozialistische Partei zum drittenmal interpellirt hat, als ob sie schon an der Macht wäre, muß ich auf die Angriffe antworten, die man gegen die kollektivistische Lösung der sozialen Frage gerichtet hat, anstatt die Debatte über unseren Zukunftsantrag zu führen, anstatt zu erklären, wie der Achtstundentag, diese Fortwiderung des Proletariats der ganzen Welt, im Rahmen der heiligen Ordnung eingeführt werden kann und soll, anstatt den Zukunftsantrag zu verteidigen, den ich im Namen all derer gestellt habe, die ihr Blut für diese Reform vergossen haben, die gegenwärtig die wichtigste Reform ist.

Herr Deschanel (ein französischer Eugen Richter — ein, nicht der, denn es giebt in Frankreich etliche Tugenden) hat den Antheil des Kapitals an den Früchten der Arbeit verteidigt und erklärt, daß dieses Prinzip unumwandelbar sei. Für ihn besteht die soziale Frage bloß darin, zu bestimmen, welchen Antheil der Kapitalist und welchen der Arbeiter haben soll; es handelt sich ihm nur um das Quantum. Was heißt es aber anders, als das Bestehen von Klassen und Klassenangelegenheiten zu bestreiten, wenn man sagt, die Arbeit von heute könne nur so weit existieren, als ihr die Arbeit von früher in Gestalt von Maschinen und Werkzeugen gestatte? Die Klasse, die nichts besitzt, kann nicht leben, wenn ihr nicht von der Klasse die die Produktionsmittel besitzt, die Mittel und die Erlaubnis gegeben werden. So sind diejenigen, die das Bestehen von Klassen leugnen, gezwungen, sie anzuerkennen, sobald sie aus ihren Wolken herabsteigen und ihre Füße in die wirtschaftliche Wirklichkeit setzen. Da finden Sie auf der einen Seite Arbeiter, die für ihren und ihrer Familie Unterhalt nur ihre Arbeitskraft haben, die sich auf dem Arbeitsmarkte verkaufen, um dem Hungertode zu entgehen, die Arbeiter, die ein Minimum an Lohn bekommen, und auf der anderen Seite die Klasse, die allen Ueberflus aus der Arbeit der Arbeiter verzehrt. Man behauptet gern, daß die Sozialisten zu verstehen gäben, daß alles, was in den Früchten der Arbeit nicht den Lohn der Arbeiter ausmacht, in die Hände des Kapitalisten laufe. Niemals sind Marx oder die Sozialisten so blind gewesen, daß zu behaupten, sie haben immer erkannt, daß ein Theil der Arbeitsprodukte auf die Amortisation des Kapitals kommt, ein anderer Theil auf die Bezahlung der Unternehmung, ein anderer auf seine Ausdehnung. Aber außerhalb dieser Ausgaben für die allgemeinen Kosten ist der Profit da, das, was Herr Deschanel im Namen des todtten Kapitals reklamierte. Aber diese „tobte Arbeit“ hat schon ihre Entlohnung in der Vergangenheit empfangen, sie kann sie doch nicht in Ewigkeit beanspruchen! Wie sieht es nun mit den

Standes sei, als jene. „In den Straßen ist es jetzt stille und, der Jungfrau sei Dank, wir sind bald zu Hause.“

„O Benedetta — er ist es! — es ist der junge Ritter — es ist Adrian!“

„Das ist ein glücklicher Zufall!“ sagte die Amme, denn das war sie, „man sagt, daß er lähn ist, wie ein Norrmann; und da der Palast Colonna nicht weit von hier ist, so wird er uns beschützen können, wenn es nöthig sein möchte; das heißt, süßes Kind, wenn Du etwas langsame gehen willst, als bisher.“

Das junge Mädchen verkürzte ihre Schritte und seufzte. „Er ist allerdings sehr schön,“ sagte die Amme, „aber Du mußt nicht mehr an ihn denken; er ist zu vornehm, um Dich zu heirathen, und für was anderes bist Du zu ehrbar und Dein Bruder zu stolz.“

Und Du, Benedetta, bist zu schnell mit der Zunge. Wie kannst Du doch so sprechen, da Du weißt, daß er nie, außer als ich noch ein Kind war, mit mir gesprochen hat, ja, er weiß wohl kaum, daß ich noch lebe. Er, der Ritter Adrian di Castello, an die arme Irene denken: Der Gedanke schon ist Thorheit!“

Weshalb also,“ sagte die Amme, „Denkst Du an ihn?“

Irene seufzte wieder, und tiefer, als zuvor.

„Heilige Katharina!“ fuhr Benedetta fort, „wenn bloß ein Mann in der Welt wäre, so wollte ich lieber unverheirathet sterben, ehe ich an ihn dachte, wenn er nicht wenigstens zweimal meine Hand, und wenn es nur meine Schuld gewesen wäre, daß er nicht auch meine Lippen geküßt hätte.“

Das junge Mädchen erwiderte nichts.

„Aber wie kommt es, daß Du Dich in ihn verliebt hast?“ fragte die Amme. „Du kannst ihn nicht oft gesehen haben; er ist erst seit vier bis fünf Wochen wieder in Rom.“

„D, wie einfältig bist Du,“ antwortete die schöne Irene, „habe ich Dir nicht oft genug gesagt, daß ich ihn schon seit sechs Jahren liebe?“ (Fortsetzung folgt.)

11) Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Die Colonna's waren eifrige Anhänger der kaiserlichen Partei, und Adrian di Castello hatte eine Einladung an den Hof des Kaisers erhalten und angenommen. Unter jenem Monarchen hatte er seine ersten Waffenproben abgelegt, und unter den deutschen Rittern hatte er gelernt, die italienische Gewandtheit mit der Ritterlichkeit des nordischen Muthes zu vereinigen.

Nachdem er Vapern verlassen, hatte er kurze Zeit auf einer seiner Besitzungen an dem schönsten See des nördlichen Italiens sich aufgehalten und von dort aus, mit einem durch das thätige Leben und durch wissenschaftliche Studien gleich ausgebildeten Geiste, mehrere der freien italienischen Staaten besucht, wo er weniger vorurtheilsvolle Ansichten, als die gewöhnlichen seines Standes gewann, auch sich selbst früh bekannt machte und die Charaktere und Tugaten anderer kennen lernte. In ihm waren die besten Eigenschaften des italienischen Edelmannes vereinigt. Mit Leidenschaft den Wissenschaften ergeben, fein und gewandt, freundlich und gewinnend, die Liebe zum Vergnügen durch eine gewisse Reinheit des Geschmacks erhebend, war sein Benehmen rechtlich, seine Begriffe über die Ehre so strenge, und er hatte entschiedenen Widerwillen gegen Gewaltthätigkeiten, welches damals bei dem italienischen Temperamente sehr selten der Fall war, und selbst die Ritterschaft des Nordens ließ sich zu ihnen hinziehen, sobald sie in Berührung mit jener List und Unredlichkeit kam, die damals den Charakter des Südens bildeten. Mit diesen Eigenschaften vereinigte er die sanfteren Neigungen seiner Landsleute, er verehrte die Schönheit und die Liebe war ihm eine Gottheit.

Er war erst seit einigen Wochen nach seiner Geburtsstadt zurückgekehrt, wohin sein Ruf ihm vorausging, und wo man sich seiner früheren Neigung für die Wissenschaften

Arbeiten des Kapitals und der Arbeit aus? Ich habe da
Ziffern über die Profite in den Vereinigten Staaten für eine
Periode von dreißig Jahren, von 1850 bis 1880, und ich will
Ihnen zeigen, wie groß der Antheil ist, den die Arbeit dem
Kapital verschafft.

Im Jahre 1850 betrug der Reingewinn der Manufaktur-
industrie der Vereinigten Staaten nach Abzug der Kosten
der Rohstoffe, der Abfälle und der allgemeinen Kosten
2 Milliarden 167 Millionen. Der Antheil der Arbeiter betrug
1 Milliarde 167 Millionen an Löhnen, der Antheil des
Kapitals 1 Milliarde. Im Jahre 1880 betrug der Antheil
der Arbeiter 4 Milliarden 430 Millionen, und 4 Milliarden
430 Millionen betrug der Antheil des Kapitals. Man sieht, es
ist nicht mehr bloß der Jheut der menschlichen Arbeit wie
früher, sondern es sind fünf Theile, die das Kapital für sich
in Anspruch nimmt. Das ist die Verteilung, die wir Sozialisten
aufheben wollen, und das wird nur dann möglich sein, wenn die
Arbeiter über die Produktionsmittel verfügen können. Ja, wir
wollen dieser Theilerei ein Ende machen, denn dieses Theilen
bedeutet den Krieg, die sozialen Krisen, die Störungen und die
Unordnung in Ihrer Gesellschaft, die wir beseitigen wollen, in-
dem wir die Arbeiter zu gemeinsamen Eigentümern der Arbeits-
mittel machen. So lange man uns nicht eine andere Lösung
vorschlagen kann, werden wir sagen, daß die Kollektivistin die
einzige Partei der Ordnung sind, des sozialen Friedens, weil sie
sich nicht mit Phrasen über die Ordnung und den sozialen Frieden
begnügen, sondern die unerschütterlichen Grundlagen für diese Ord-
nung und diesen Frieden schaffen wollen. Und Sie haben keine
andere Lösung der sozialen Frage vorschlagen können. Die
Lösung des Grafen de Mun hat Herr Deschanel selbst zurück-
gewiesen, weil er die Einmischung der Kirche zurückwies, ihre
Einflußnahme auf das Gewissen der Unternehmer, um ihnen
Pflichten gegenüber den Arbeitern zu schaffen. (Monsignore
d'Hulst ruf: „Wir haben nicht die Macht, neue Pflichten zu
schaffen, aber die Aufgabe, ihnen ihre Pflichten ins Gedächtnis
zurückzurufen!“) Ihre Erklärung unterschreibt mir Ihre Ohnmacht.
Jetzt sind es achtzehn Jahrhunderte, daß Sie Unternehmer an
ihre Pflichten erinnern, aber Ihre Stimme ist bisher noch
nicht gehört worden! Ihr Glockengelaute ist ins Leere gedrungen
und die Profite der Unternehmer fahren fort, zu steigen wie ein
Meer, die Leiden der Arbeiter erdrückend.

Herr Deschanel hat gesagt, daß er für das Eingreifen des
Staates sei. Er anerkennt, daß der Arbeitskontrakt kein ge-
wöhnlicher Vertrag ist, daß der Arbeiter, der seine Arbeitskraft
verkaufen muß, zugleich sich selbst verkauft, und daß man das
Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht auf ein menschliches
Wesen so anwenden kann wie auf Baumwolle oder Eisen. Herr
Deschanel, die bürgerliche politische Ökonomie wird Ihnen
darauf sagen, daß sie ein Keger sind wie wir, daß Sie bereits
auf dem Wege des Sozialismus sind, und daß durch
die Besetze, die Sie erlassen, der Kollektivismus ein-
dringen wird! Haben Sie sich darüber Rechenschaft ab-
gelegt, daß hinter dem Eingreifen des Staates die
„Eingemengung des Staates in alle Beziehungen der Menschen
untereinander“ lauert? Ja, Sie sind auf dem besten Wege, so
Ihre angeblich individualistische Gesellschaft, wo man von den
Rechten des Individuums spricht, dem Guldanken des allmächtigen
Staates auszuliefern! Aber dieses Eingreifen des Staates
ist keine Lösung, ist nur eine Verewigung der Krankheit. Wie
Graf de Mun die Reichen erhalten will, die den Armen Almosen
spenden, so will Herr Deschanel das Eingreifen des Staates, um
die Arbeiter zu unterstützen. Aber die Arbeiter wollen keine
Böbthätigkeit, sie wollen kein Almosen, sie wollen, daß das
Produkt der Arbeit in die Hände derer übergehe, die seine Er-
zeugter sind.

Die Verteidiger des Eingreifens des Staates versuchten,
unsere Theorien irgend einem System der Theilerei anzuhängen,
indem sie die alten Worte gebrauchten: „Der Kommunismus,
das ist die Theilerei!“ Nein, der Kommunismus ist nicht die
Theilerei, und der Beweis dafür ist, daß wir uns jetzt nicht im
Kommunismus befinden, und daß trotzdem die Theilerei besteht.
Sie, die Sie keine Kommunisten sind, vergrößern unaufhörlich
den Antheil der einen zum Schaden der anderen. Die
Kollektivistin werden niemals die alten Kommunisten verleugnen,
niemals die große kommunistische Sehnsucht der Menschheit.
Doppelt aber werden wir stets Leute wie Babeuf grähen,
die ihren Kopf aus Schaffot getragen haben, die
Ihr Blut vergossen haben, um die Menschheit zu befreien.
Wir reklamieren sie als unsere Väter; sie haben für die
Menschheit ihr Leben gelassen, wie wir selbst es morgen thäten,
wenn es nöthig wäre. Herr Deschanel wagte es, von Babeuf
als einem Fälscher zu reden; er weiß aber, oder er sollte es
wissen, daß Babeuf in contumaciam verurtheilt, dann aber vor
nicht bedenklichen Richtern gestellt, für unschuldig erklärt wurde.
Wenn Babeuf davon sprach, die Väter der Verschwörer unter
die guten Bürger zu vertheilen, so sah er nur die sündliche
Praxis fort. Denn nicht Babeuf war es, der eine Milliarde von
den Gütern der Ausgewanderten denen versprach, die an die
Grenze Frankreichs ziehen würden, um das Vaterland zu ver-
theidigen, sondern der Konvent war es, die Ver-
tretung der bürgerlichen Revolution. Allerdings die
guten Bürger der großen französischen Revolution haben
nicht „getheilt“, sie haben eben alles genommen. Es steht
Ihnen frei, sich dem Bürgerthum des letzten Jahrhunderts an-
zuschließen, das nur den einen Gedanken hatte, die nationalen
Güter unter sich zu vertheilen. Wir verlangen für uns nur den
Mann, der sein Leben für die Befreiung der Menschheit hingab.
Ihnen die Leute, die die Väter der Nation schufen und uns die
Männer, die in der großen Revolution nur ein Mittel sahen, das
Gebt der Menschheit wiederherzustellen!

Ich sagte, daß weder Herr Graf de Mun noch Herr
Deschanel irgend eine Lösung für die sozialen Uebel vor-
schlugen, deren Existenz sie anerkennen mußten. Ich sage, daß
sich eine einzige Partei mit einer sozialen Lösung zeigt, deren
Nothwendigkeit das Ende dieses Jahrhunderts beherrscht. Sie
ist aus den Werksstätten, Gruben, den Orten, wo man arbeitet,
zur selben Zeit hervorgegangen wie aus den Orten, wo man
studirt und diskutiert. Es gibt keine einzige Universität, wo
nicht die kollektivistische Theorie von Karl Marx den Gegenstand
heftiger Diskussionen bildet, und selbst die die bekämpfen, wissen
Ihr keine andere Theorie entgegenzusetzen. Die kollektivistische
Lösung der sozialen Frage lautet nun: Die Menschheit wird erst
dann eine wahrhaft menschliche Gesellschaft sein, wenn sie nicht
mehr auf dem Interessengengese beruht, der aus der Klassen-
herrschaft entspringt. Dann werden die beiden Faktoren der
Produktion, der unpersönliche Faktor, das Kapital, und
der persönliche Faktor, die Arbeit, die heute getrennt sind, nur
mehr ein Ganzes bilden, und die ganze Gesellschaft wird als
Herrin der Arbeitsmittel sie direkt in Vertheilung setzen. Das
Kapital ist notwendig für die Produktion, aber nicht der
Kapitalist“, sagte schon John Stuart Mill. Darin liegt die
ganze Lösung des sozialen Problems. Wie sich das vollziehen
wird? Infolge der Konzentration des Kapitals, der Ent-
wickelung der Großindustrie, des Großhandels und der Hoch-
finanz hat sich ein neuer Feudalismus entwickelt, dessen Wärdent-
träger an Zahl immer mehr abnehmen, während die Zahl der
Leute, die ihre Arbeitsmittel besitzen, von Tag zu Tag geringer
wird. In der Textilindustrie zum Beispiel betrug die Zahl der
selbständigen Handwerker im Jahre 1873 noch 323 000; im
Jahre 1889 waren es nur mehr 140 000; im Laufe von
zweifellos Jahren sind also 183 000 verschwunden, sind von
Eigentümern in Proletariat verwandelt worden. Oder ein
anderes Beispiel: Die Zahl der Zuckersabriken ist, obwohl
die Produktion in wenigen Jahren um 110 pCt. stieg, von 460
auf 307 gesunken. Alle die Leute, die ihres Eigentums an Ar-
beitsmitteln beraubt und ins Proletariat geschleudert wurden,
wollen von Ihrer Gesellschaft nichts mehr wissen, ihre Arme
wächst von Tag zu Tag und wird für unsere Ideen gewonnen,

und da Sie ihnen das Stimmrecht gegeben haben, daß Sie
ihnen nicht mehr nehmen können, wird diese Armee die Herrin
der Macht und der Republik werden. Sie wird für die Nation
die Operation machen, die die Revolution von 1789 bloß für
Einzeln versuchte: sie wird die Bergwerke und die Eisen-
bahnen als Nationalcigenthum erklären, sie wird alle Arbeits-
mittel, die in den Händen einzelner Bueherer sind, der
Nation übergeben! Das ist unsere Lösung. Sie wollen uns
bekämpfen? Wohl, wir verlangen nicht einmal, daß Sie uns
einen anderen Weg zeigen, um die Verdammten aus der Hölle
zu führen; sagen Sie uns bloß das Mittel, das Sie
anwenden wollen, um zu verhindern, daß das Kleinbürgerthum
im Proletariat aufgeht, daß die kleinen Geschäftleute von den
großen Bazar ruinirt werden, daß der Bauer dem Bueherer
verfalle. Aber selbst da haben Sie nichts als Worte, nichts als
Metaphysik. Sie können uns nichts vordringen, und deshalb
sind Sie ohnmächtig gegen die sozialistische Minderheit von heute.
Unsere Stärke ist es, daß wir die Einzigen sind, die der Mensch-
heit eine Zuflucht für morgen zeigen. Sie besreiten das? Aber
fragen Sie doch die Ziffern! Ich glaube, daß die Zahl der
sozialistischen Stimmen immer ansteigt. Habe ich mich getäuscht?
Nein! Wir sind hier täglich zahlreicher, und Sie wissen das
ganz gut; Sie würden es, wenn das nicht so wäre, hindern,
auf dieser Tribüne unsere Gedanken auszudrücken. Heute ist der
Sozialismus nicht mehr eine bloße Idee, sondern eine Partei, der
sich die Welt der Arbeit zuwendet. Darum flücht er ihnen heute
schon Respekt ein!

Politische Ueberflucht.

Berlin, 2. Juli.
Im Reichstage waren auch heute noch die Bänke
vollbesetzt. Die Margarine-Vorlage hat also ihre Zugkraft
im vollen Umfange bewahrt. Freilich zeigte sich sofort bei
Beginn der Verhandlung, daß die Väter der Vorlage selbst
keine rechte Freude an derselben haben. Man munkelte
unter den Abgeordneten allerhand davon, daß vom
Bundesrath Erklärungen kommen werden, wonach die in der
Kommission in die Vorlage aufgenommenen Bestimmungen
über das Färbverbot und die getrennten Verkaufsräume
für unannehmbar bezeichnet würden. Gerade an diesen
Bestimmungen hängt aber das Herz der Agrarier. Durch
das Färbverbot soll den Konsumenten die Margarine ver-
eekelt und dadurch der Preis der Butter gehoben werden.

Ohne dieses Ergebnis hat die Vorlage für die Agrarier
keinen Werth, dieser Ansicht gab auch der konservative
Redner, Abg. Rettig, unverhohlen Ausdruck. Nebenher
drohte der Redner der Regierung, daß wenn diese den
Agrariern nicht blind zu Willen sei, diese von ihren parla-
mentarischen Posten zurücktreten und radikalere
Elementen Platz machen würden.

Diese Drohung verfehlte indes ihre Wirkung. Nach
einer Rede des Abgeordneten Benoit (Freix. Bg.) gegen die
Vorlage erklärte der Landwirtschaftsminister v. Hammerstein
entschieden, daß die vordringend erwähnten Bestimmungen
unannehmbar seien und Herr v. Bötticher trat dieser Er-
klärung später namens der Regierung bei. Damit war
das Schicksal der Vorlage entschieden und der weiteren
Debatte jedes Interesse genommen. Für unsere Fraktion
gaben die Abgg. Harm und Herbert die Erklärung ab, daß
wir gegen die Kommissionsvorschläge und für die
Regierungsvorlage stimmen werden. Dagegen erklärte
Dr. Bachem, daß das Centrum, trotz der ablehnenden
haltung der Regierungen, an den Kommissionsbeschläffen
festhalten werde.

Hierauf wurde die Vorlage von den beiden Parteien
der Rechten und dem Centrum angenommen, Geseh kann
sie aber nach den Erklärungen der Minister nicht werden.
In diesem Punkte wird die agrarische Gabsucht also nicht
befriedigt.

Da der zweite Punkt der Tagesordnung, Interpellation
wegen des Standes der Roggenpreise, von dem Inter-
pellanten zurückgezogen wurde, so konnte zur Schluß-
zeremonie für diese Session geschritten werden. Der
Herr Reichskanzler verlas die Vertagungs-Ordre
und sprach dann dem Hause den Dank des Kaisers für die
hingegebene und mühevolle Thätigkeit während der langen
Dauer der Session und speziell für das Zustandekommen
des Bürgerlichen Gesetzbuches aus. Nachdem hierauf
dem Präsidium der Dank des Hauses für die
Vertung votirt war, erklärte der Präsident nach
dem üblichen Hoch die Sitzung für geschlossen.
Unsere Genossen sowie die Mitglieder der Volks-
partei hatten vorher den Saal verlassen. Der Ab-
geordnete Schmidt (Frankfurt), welcher im Saal blieb
und beim Hoch nicht aufstand, gab dadurch der Rechten
und den Antisemiten Anlaß, ihrer Logalität in jötigen Aus-
rufen Luft zu machen.

Von neuen Lucanifikationen wird gemunkelt. Bald
wird auf Herrn Bosse, den Kultusminister, bald auf
Herrn Schönstedt, bald sogar auf Herrn Riquel
gedeutet. Es scheint indes eine Eigenart des gegenwärtigen
Kurses zu sein, daß die Minister meist einzeln, selten paar-
weise in der Versenkung verschwinden. Das geht auch
aus der folgenden Ministerverabschiedungsliste hervor,
die die „Germania“ zusammengestellt hat. Danach sind
bisher achtzehn Minister seit 1888 unter der Re-
gierung des jetzt regierenden Kaisers verabschiedet worden:
2 Justizminister: von Friedberg (1889) und von Schelling
(1894); 3 Kriegminister: Bronsart v. Schellendorff L. (1889),
von Verdy (1890) und von Kaltenborn-Stachau (1893);
2 Minister der auswärtigen Angelegenheiten: Fürst Bismarck
(1894) und Minister für Handel und Gewerbe, 1890) und Graf Caprivi
(1894); 1 Minister ohne Portfeuille: Graf Herbert Bismarck
(1890); 1 Finanzminister: v. Scholz (1890); 2 Landwirtschafts-
minister: Freiherr v. Lucius (1890) und v. Heyden-Cadow (1894);
2 Kultusminister: v. Götler (1891) und Graf Jellih (1892);
1 Minister der öffentlichen Arbeiten: v. Maybach (1891);
1 Minister des Innern: Herrfurth (1892); Graf Eulenburg
(1894) und v. Köller (1895); und nunmehr 1 Minister für Handel
und Gewerbe: Freiherr v. Berlepsch (1896).

Es ist ja ganz erklärlich, daß bei solch starkem Ver-
brauch an Ministern deren Freunde und Freunde stets bei
neuen Stürzen sich in Vermuthungen über den nächsten
Lucanifikations-Kandidaten ergehen. Jedes hat es für uns
herzlich wenig Interesse. Mehr interessiert es uns, was die
offiziös bedienten Blätter über Herrn Bresfeld, den
neuen Minister, zu sagen wissen. Da erzählt denn die
„Nationalzeitung“:
„Das Hauptverdienst Bresfeld's fällt in die Periode der
Durchführung des preussischen Staatseisenbahn-Systems. Nach
allgemeiner Annahme war Bresfeld die stärkste Stütze des
Ministers Maybach bei der Ausarbeitung der Ver-
träge mit den Privat-Eisenbahngesellschaften und
bei der ersten, auf der Einrichtung von Betriebsämtern beruhenden
Staatseisenbahn-Organisation. Er genoss das Ansehen eines
hochgebildeten, humanen Beamten und war insbesondere in den

Abgeordnetenkreisen, mit denen er als Regierungsvertreter
in den Kommissionen zusammentraf, beliebt. Es ist bekannt,
daß Bresfeld die Ansichten des Ministers Thielens über die
vor zwei Jahren vorgenommene Reorganisation
der Eisenbahnverwaltung (Beseitigung der Betriebs-
ämter u.) nicht theilt, und daß die Durchführung derselben
vorwiegend dem zum Ministerialdirektor ernannten Herrn Mide
anvertraut wurde. Man nimmt deshalb wohl nicht mit Unrecht
an, daß Herr Bresfeld die Stellung als Unterstaatssekretär im
Eisenbahnministerium nicht mit Widerstreben ausgegeben habe.
Mit sozialpolitischen Fragen wurde der jetzige
Handelsminister insoweit allerdings befaßt, als er während
seiner Thätigkeit im Eisenbahnministerium bei der Ordnung
der Kranken- und Pensionsklassen für die Eisenbahnarbeiter
sowie bei der Feststellung der Fabrik-Ordnungen für die
Eisenbahnwerkstätten mitwirkte. In der Verwaltung der dem
Handelsministerium feht unterliegenden Berg-, Hütten- und
Salinenbetriebe fehlt ihm die Erfahrung. Er wird bei diesem
Geschäftszweige wesentlich auf den Rath und das Urtheil seiner
Beamteten angewiesen sein. Nüchtlig dürfte es sein, daß Herr
Bresfeld seine Ernennung zum Handelsminister seiner Thätigkeit
in den Verhandlungen des Staatsrathes betrefFs der
agrarischen Ansprüche verdankt. Er hatte dadurch die
Aufmerksamkeit des Kaisers auf sich gezogen. Als politischer
Parteiemann ist Herr Bresfeld nie hervorgetreten. Seine maßvolle
Persönlichkeit und sein unabhängiger Charakter bürgen aber
dafür, daß er niemals einseitige Interessen-
bestrebungen unterstützen wird. Herr Bresfeld segelt nicht
im Fahrwasser Stumm's. Seine Ernennung zum Nach-
folger Berlepsch's bedeutet aber thatsächlich den vorläufigen
Stillstand der sozialen Reformgesetzgebung,
soweit das Handelsministerium dabei mitwirken hat.“

Das ist die übliche Empfehlung, die in ähnlicher Weise
bisher noch allen „politisch noch nicht hervorgetretenen
Ministern“ mit auf den Weg gegeben wurden. Und was ist
dabei herausgekommen? —

Bei der Taufe eines Schlachtschiffes in Wilhelmshaven
hat Kaiser Wilhelm II., indem er diesem
Schiffe den Namen Kaiser Friedrich III. gab, zwei
Reden gehalten, in denen die Verherrlichung des Hauses
Hohenzollern einen hervorragenden Platz einnahm. Als er
das Schiff taufte, sagte er:

„Erinnern sollst Du an die gewaltige Erscheinung dessen,
dem es bestimmt war, an der Spitze der zum ersten Male ge-
einigten deutschen Heere das in langen Friedensweh geschärfte
Schwert zu führen und unfere Vaterlande die Einigung,
unserem Hause auf ewig die Kaiserkrone zu
erwerben.“

Und seines Großvaters gedachte er in längerer Betrachtung
als

„der von dem ganzen deutschen Volke vergötterten
Persönlichkeit des dahingegangenen Kaisers.“
Ob Kaiser Wilhelm II. recht hat mit der Behauptung,
daß seinem Hause die Kaiserkrone auf ewig erworben sei,
wollen wir nicht beurtheilen. Was aber die zweite Behaup-
tung anbetrifft, daß Kaiser Wilhelm I. von dem
ganzen Volke vergöttert werde, so bleibt zu erinnern,
daß ein großer Theil des Volkes an dieser Vergötterung
nicht theilnimmt, die einen, zu denen wir gehören, jeden-
falls deshalb nicht, weil sie der Ansicht sind, daß das
Wirken Kaiser Wilhelm I. neben mancher Licht- auch schwere
Schattenseiten aufweist und weil sie überdem der „Ver-
götterung“ grundsätzlich abhold sind, die anderen wider-
streben einer solchen Vergötterung, wenn aus keinen andern
Gründen, so doch aus religiösen Bedenken.

Mit der Wahl in Halle suchten sich die Gegner so
gut wie möglich abzufinden. Dabei entschlüpf ihnen aber
doch hin und wieder das Eingeständniß, daß die Sozial-
demokratie im Aufschwung begriffen ist, selbst auf dem
Lande. So schreibt das „Volk“:

„Zwei Erscheinungen sind besonders interessant und Lehr-
reich. Einmal der glänzende Reifall der Mittelpartei.
Wenn auch durch die Auffstellung eines rechtsstehenden
Konservativen die Gelegenheit zur Entfaltung der mittelpartei-
lichen Kräfte aufs Beste geboten war, so hat Dr. Arndt in der
Stadt nur einen Achtungserfolg, auf dem Lande dagegen kaum
einen Heiterkeitserfolg gehabt, obwohl viele Herren, die sich in den
Wahlausruhen mit „Grundbesitzer“ unterschrieben, sich seiner an-
genommen hatten. Das zweite außerordentlich bedeutliche Moment ist
die Ausbreitung der Sozialdemokratie auf dem
Lande. In den kleineren Landstädten des Saalkreises freilich
bringt die Sozialdemokratie es noch nicht auf die Hälfte aller
abgegebenen Stimmen. Dagegen in jedem Dorf, wo auch
nur eine Spur von Industrie ist, oder wo die Arbeiter-
schaft Halle's oder der landwirthschaftlichen Nebengewerbe ihre
Wohnstätt hat, von denen aus sie ihrer industriellen Beschäftigung
nachgeht, ist sie schon stark überlegen, so daß sich als Gesamt-
ergebnis sogar des Landbezirkes nur ein
Ueberhang von 200 nichtsozialdemokratischen
Stimmen über die Zahl der für Kunert ab-
gegebenen ergibt.“

Also auch auf den antilokalistischen Bauernschädel
ist kein Verlaß mehr für die Ordnungspartei! —

Kunert's Antrag auf Haftentlassung ist nunmehr
auch in der höchsten Instanz, vom Justizminister,
absläglich beschieden worden und zwar durch folgendes
Schreiben an Kunert's Rechtsanwalt:

„In der Strafsache wider den Redakteur Kunert aus
Schöneberg wird Ihnen auf die Beschwerde vom 23. Juni
eröffnet, daß der Justizminister gegenüber den be-
stehenden Vorschriften keine Veranlassung
finden kann, eine Unterbrechung der von dem Ver-
urtheilten am 19. Juni angetretenen Gefängnißstrafe an-
zuordnen.“

Der Justizminister,
ges. Schönstedt.“

Ja, diese Vorschriften! Die stammen noch aus der
schönen Zeit, als es in Preußen kein Parlament und auch
kein deutsches Reichstags-Wahlrecht gab. Man sieht, auch
solche Vorschriften erben sich fort. —

Am 3. Juli sind es 30 Jahre her, daß die Schlacht
von Königgrätz geschlagen wurde. Das giebt natürlich
wieder Anlaß zu allerhand patriotischem Tamtam. Aber
merkwürdig, in den vorzugsweise staatsbehaltenden Blättern
liest man nichts mehr von dem Schulumeyer, der die
Schlacht gewonnen haben sollte. Jetzt sind nur noch der
Lieutenant und der Assessor die nationalen Retter
und Helden des Tages. —

Zur orientalischen Frage. Die Niederträchtigkeit
des Spiels, welches Kustand jetzt in der Türkei spielt,
indem es die türkische Regierung als brutal, grausam,
barbarisch und sich selbst als friidlich, freitheitliebend und
für die unterdrückten christlichen Brüder schwärmend hin-
stellt, tritt in das hellste Licht, wenn wir das Treiben der
russischen Diplomatie in Bulgarien betrachten. Wir
wollen gar nicht in die Zeiten bis zu dem Attentat gegen
den Battenberger zurückgreifen. Nehmen wir bloß die Er-
mordung Stambulow's. Sie ist ohne Zweifel im Auftrage

Russlands und durch russische Agenten erfolgt. Die Mörder sind bekannt, aber Russland hat sie unter seinem Schutz — sie sind unerschließlich.

Und nun denke man: so hat die russische Diplomatie in einem Lande gehandelt, wo sie noch einigermassen unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung Europas steht.

Da drängt sich doch jedem Denkfähigen der Schluss auf: wenn die russische Diplomatie in Bulgarien vor solchen Thaten und Verbrechen nicht zurückschreckt, um wie viel weniger wird sie sich in Makedonien, Armenien, auf Kreta u. s. w. Bügel anlegen, wo sie gar keiner Kontrolle durch die öffentliche Meinung unterworfen ist?

Wir sagen das nicht, um etwaiger sittlichen Enttäuschung Luft zu machen — in der Politik sind Sittlichkeit und Enttäuschung keine gangbaren Artikel — sondern um unsere Leser über die wahre Natur des Geschrei's welches Geschrei über „die türkischen Greuel“ aufzuklären, das ausschließlich von Russland ausgeht oder von Russland veranlaßt ist. Von Russland veranlaßt ist z. B. der englische Spektakel über die armenischen Greuel. Er wurde von Gladstone in Szene gesetzt, und Gladstone wird notorisch seit Jahrzehnten von der russischen Spionier-Diplomatin Novikoff, die ihn vollständig umgarnet hält, an der Nase herumgeführt.

Deutsches Reich.

— In der Sitzung des Bundesrathes vom 1. Juli wurde dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung die Zustimmung erteilt und dem Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 in der vom Reichstage beschlossenen Fassung zustimmend.

— Der vom Minister von Verlepsch hinterlassene Gesetzentwurf über die Handwerker-Organisation ist bereits vom Staatsministerium genehmigt worden. Er wird demnächst unter gleichzeitiger Veröffentlichung im „Reichs-Anzeiger“ an den Bundesrath gelangen, welcher den Entwurf als Antrag Preussens bei seinem Zusammentritt im Herbst beraten und als eine der ersten Vorlagen dem deutschen Reichstage im Spätherbst zugehen lassen wird.

Leipzig, 2. Juli. (Eigene Meldung.) Bisher waren die Löhne der von der Stadt beschäftigten Arbeiter und Beamten für die einzelnen Kategorien nicht aus dem Haushaltsplan zu entnehmen. Auf Antrag des sozialdemokratischen Stadtverordneten Pollen d. r. beschloß das Stadtverordnetenkollegium am 1. Juli, trotz früherer Widerspruch des Stadtraths, den Rath zu ersuchen, alljährlich einen Ausweis über Löhne und Arbeitszeit in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter in der Verwaltung zu geben. So werden die bürgerlichen Stadtvertreter durch die Sozialdemokraten genöthigt, Schritt für Schritt reformirend zu wirken.

— Ueber die Explosion in Mex geht der „Post.“ folgende briefliche Mittheilung zu:

Gestern Abend gegen 7 Uhr ertönte die Feuerkugel und verhängte Großfeuer in dem Vororte Deuanteles-pontis. Sofort verbreitete sich in der Stadt die Kunde, das Zeughaus III liege in Flammen und alles stürzte zu den beiden dahinschreitenden Thoren hinaus, um dem Feuer zuzusehen. Das Zeughaus III besteht aus drei nebeneinander liegenden großen, in Fachwerk aufgeführten und mit Wappstapen gedeckten Schuppen und einer großen Anzahl kleinerer Bretterverschläge, in denen allerlei Artilleriematerial, Kanonenrohre, Kajetten, Wagentheile, Pferdegeschirre und dergleichen aufbewahrt wurden. Das ganze, mehrere Hektare umfassende Gebiet ist mit einem hohen hölzernen Zaun umgeben. Zwischen den Schuppen standen lange Reihen von Wagen zum Verladen und Fortschaffen von Artilleriematerial, so daß das ganze von außen wie ein großer Fuhrpark erschien. Nun sollen aber, wie es heißt, dort auch große Massen von Granaten, Säubern und anderen Explosivstoffen aufbewahrt worden sein. Am Tage arbeiteten etwa 20 bis 30 Personen, theils Soldaten, theils Zivilisten in den verschiedenen Schuppen. In einem dieser wohnte ein verheirateter Zeugfeldwebel und die Aussicht über die ganze Anlage führt ein Zeugpremierlieutenant. Die Arbeiter verlassen um 6 Uhr die Räume und gleich darauf zieht ein Nachposten vor dem Haupteingange auf. Die Zeugunteroffiziere sowie die Arbeiter hatten etwas vor 6 Uhr die Räume verlassen, um noch vor Schluß der Kasse ihr Gehalt aus der Stadt zu holen. Erst kurz vor 7 Uhr ward das Feuer bemerkt, und zwar schlugen die Granaten auf einem Naume auf, der vor den eigentlichen Aufbewahrungsräumen liegt. So wird wenigstens allgemein behauptet. Sowohl die Bauart der Schuppen als auch die darin aufbewahrten Gegenstände verurtheilten ein geradezu gewaltiges Feuer. Im Nu umstanden tausende von Menschen den hölzernen Zaun und drängten sogar in den inneren Raum hinein. Die Feuerwehr, sowohl die städtische als die militärische, hatte erst eben die Einreisungsarbeiten begonnen, als die fürchterliche Explosion erfolgte. Eisen- und Holztheile und besonders Ziegelsteine flogen in weitem Umkreise umher und verwundeten zahlreiche Personen selbst auf große Entfernungen. Im Augenblicke der Explosion befanden sich etwa 10 Offiziere und 3—4000 Soldaten und Arbeiter in und neben dem brennenden Schuppen. Von ihnen sollen gegen 50 theils todt, theils schwer verwundet auf dem Platze geblieben sein. Die Zahl der Verwundeten und Verwundeten aus den weiter zurückstehenden Zivilpersonen läßt sich gar nicht feststellen. Man spricht von hunderten, doch dürften die meisten nur leicht verwundet sein. Gleich nach der Explosion erschien der kommandirende General Graf v. Haseler auf der Brandstätte. Nun erst wurden die beiden dahinschreitenden Thore geschlossen, so daß bei der bald darauf folgenden Explosion des zweiten Schuppens Zivilpersonen wohl nicht verwundet worden sind. Sämmtliche Militär- und Zivilkräfte der Stadt, das gesammte Lazarethpersonal und die freiwillige Sanitätskolonne war die ganze Nacht in Thätigkeit. Als Verhandlungsplan wurden die Räume des in der Nähe liegenden kleinen Bahnhofes, sowie der Saal einer Wirthschaft benützt. Die Schwerverwundeten wurden in das Garnisonlazareth geschafft. Wegen der noch weiteren Kleineren, von Zeit zu Zeit erfolgenden Explosionen mußte die Eisenbahn bis heute Morgen gesperrt werden. Ebenso wurde aus diesem Grunde das ganze Gebiet abgesperrt und das Dorf Deuanteles-pontis größtentheils geräumt. Die Pioniere sind zur Stunde — 11 Uhr — noch mit Aufräumungs- und Wägarbeiten beschäftigt. Ueber die Entstehung des Feuers ist sofort eine militärische Untersuchung eingeleitet worden. In der Stadt bespricht man außerordentlich lebhaft den Umstand, daß das Feuer gerade in der Zeit zwischen dem Weggang der Arbeiter und dem Aufstehen des Nachpostens entstanden sein soll.

Letztere Wendung läßt darauf schließen, daß eifrige Leute auf der Suche sind, um die Explosion doch noch politisch zu fruchtbar zu machen.

Frankreich.

Paris, 1. Juli. Deputirtenkammer. Bei der Verathung der Reform der direkten Steuern bekämpft Ribot den Entwurf und behauptet, die Mentenfsteuer sei ungeschichtlich und schädige den Kredit Frankreichs. Die einzig mögliche Reform sei das englische System der „income tax“. Die bisherigen direkten Steuern ausheben, wäre eine Unklugheit; denn man wisse nicht, ob man die ausgegebenen Millionen wiederfinden würde.

Italien.

— Die Kammer hat eine große Debatte über die auswärtige Politik gehabt. Von reaktionären und dreihänderisch angehauchten Chauvinisten wurde der Versuch gemacht, den ganzen Nationalkongress gegen Frankreich zu entfesseln, daß vor der Nase des neuen Rom ein neues Carthago (in Tunis) gegründet habe. Klein die italienische Regierung ging nicht auf den Beim. Der Minister des Aeußern, Herzog von Sormoneta, sprach sehr maßvoll — nach keiner Seite aufstoßend. Und der Ministerchef Rudini äußerte sich, nachdem verschiedene Tagesordnungen vorgebracht worden waren, von denen einige sich gegen den Dreibund richteten:

Er könne diese letzten Tagesordnungen nicht annehmen, weil er glaube, daß man das Land nicht auf die Auflösung der bestehenden Allianzen vorbereiten dürfe, und er lasse es nicht zu, daß ein italienisches Ministerium angerufen werden könne, eine mehr nationale Politik zu treiben. Den Rednern gegenüber, welche geäußert hatten, sie hätten kein Vertrauen zur Regierung, weil dieselbe die Stimmen der äußersten Linken auf ihrer Seite habe, bemerkte Rudini, daß kein geheimer Pakt mit der äußersten Linken bestehe. Jedermann kenne die Punkte, bezüglich deren Uebereinstimmung resp. Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und der äußersten Linken bestehe. Alle wählten, welche tiefe Meinungsverschiedenheit gerade bezüglich der auswärtigen Politik obwalle. Er, Redner, hätte übrigens selbst in der Zeit, als er der Opposition angehörte, niemals daran gedacht, die Regierung des Vaterlandes in den Verdacht bei den fremden oder verbündeten Mächten zu bringen, als ob sie die internationalen Verträge lau und nicht tren beobachtete. — Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärte Rudini auf das entschiedenste, die gesammte Thätigkeit der Regierung sei behändig auf die Erhaltung des Gleichgewichts in bezug auf das Mittelmeer gerichtet. — Ferner äußerte der Ministerpräsident, er habe sich nach reiflicher Erwägung überzeugt, daß es eine unumgängliche Nothwendigkeit für Italien sei, im Dreibunde zu bleiben, der wirksam die größten Interessen Italiens garantiere. Er habe die Freundschaft Englands immer für nöthig gehalten, auch nach Abschluß des Dreibundes, und diese Freundschaft für die notwendige Ergänzung des Dreibundes betrachtet. Nicht nur Gründe des Gefühls, sondern auch solche des Interesses rathen diese Freundschaft an. Wie sich aus den englischen Parlamentsberichten ergebe, habe Lord Salisbury im Oberhause dieselbe Ansicht kundgegeben. Auch die Freundschaft Frankreichs suche die Regierung sich gewissenhaft zu erhalten. Rudini schloß: Im Interesse Italiens und der verbündeten Staaten beabsichtigt die Regierung die Dreihandabmachungen zu verbessern. Die Möglichkeit, die Abmachungen zu verbessern, wurde ausdrücklich stipulirt (Bewegung). Er nehme die Tagesordnung di San Giuliano in folgender Fassung an: Nach Audören der Erklärungen der Regierung geht die Kammer zur Tagesordnung über. (Beifall.) Die Annahme dieser Tagesordnung betrachte er als Vertrauensvotum. Die Tagesordnung di San Giuliano wurde hierauf in namentlicher Abstimmung mit 171 gegen 89 Stimmen angenommen.

Bei der Abstimmung über die Tagesordnung di San Giuliano stimmten für das Ministerium die Rechte, die Freunde Zanardelli's und Cavallotti mit einem Theile der äußersten Linken; gegen das Ministerium stimmten Sonnino mit dem Centrum, Fortis, Damiani mit den Anhängern Crispi's, Imbriani, die Republikaner und die Sozialisten. Crispi war nicht zugegen.

Das bedeutsamste an der Rede Rudini's ist die Mittheilung, daß der Dreibund „verbessert“ werden soll. Da Rudini die Freundschaft Englands und Frankreichs für ebenso wichtig hält, als die Deutschlands und Oesterreichs, so wird diese „Verbesserung“ jedenfalls nicht den Wünschen derer entsprechen, die den Dreibund als gegen Frankreich gerichtet betrachten.

Was wir nach der Schlacht von Adua über die Wirkungen der italienischen Niederlage auf den Dreibund sagten, ist durch die Rede Rudini's — soweit dies in diplomatischer Sprache angeht, wesentlich bestätigt worden.

Spanien.

Madrid, 1. Juli. Deputirtenkammer. Romanones befragt die Regierung über die Sympathie-Rundgebungen für Frankreich und über die Essentialität eines französisch-spanischen Bündnisses. Der Minister des Innern antwortet, er könne aus diesen Rundgebungen nicht denselben Schluß ziehen, wie die Zeitungen; er könne sich nicht auf dieses Gebiet begeben. Die auswärtige Politik der Regierung sei unverändert. Mehr zu sagen, hielte er nicht für gegeben. Gamao kritisiert die Ansicht der Regierung, mit Deutschland einen Reziprozitäts-Handelsvertrag abzuschließen. Cobian spricht in demselben Sinne.

Der Senat setzt die Besprechung der Witschaft fort. Marschall Martinez Campos vertheidigt seine Amtsführung in Kuba und erklärt, er wäre lediglich für die Kriegsthaten verantwortlich, nicht für die Reformen, für welche die Regierung die Verantwortlichkeit treffe. Campos stellt die Vereinigten Staaten gewissermaßen als Mitschuldige an den Kubakrieg unternehmungen hin und führt aus, der Krieg auf Kuba sei irregulär; der Feind sei feige und suche nur, die spanischen Soldaten mürbe zu machen. Der Ministerpräsident Canovas antwortete auf die Ausfahrungen Campos' und anderer Redner und erklärt, die Regierung stehe den Reformen für Kuba günstig gegenüber; die Reformen dürften jedoch nicht das Resultat des Aufstandes sein.

Auf Kuba wollen die Spanier wieder einen neuen Sieg ersuchten haben.

Bulgarien.

Sofia, 1. Juli. Das Blatt „Glas Makedonski“ meldet in einer Specialangabe aus Dubniza vom 28. Juni: Auf der Pirin-Panina treibt eine Bande ihr Wesen, welche von den Türken verfolgt wird. Die Bande zeigte sich zuerst im Distrikte Maluf, wo sie einen Bauern, der seinerzeit die Aufständischen verrieth, tödtete und sich dann in die Berge zurückzog. Eine andere Bande zeigte sich am 27. Juni in der Gegend von Nevrokop und eine dritte erschien bei Djumaja, wo sie mit einer Kompagnie türkischer Truppen zusammenstieß und dieselbe vollständig schlug. Mehrere Türken wurden getödtet und 20 verwundet. Die letzteren wurden nach Djumaja abgeführt und die Aufständischen zogen sich ohne jeden Verlust zurück. Die Türken führten die bulgarischen Grenzwächter gewaltsam fort und brachten sie gleichfalls nach Djumaja. Die Nachrichten aus Kaaja und Koglichan lauten beunruhigend, die Türken wie die Bulgaren rüsten sich. Eine anderweitige Bestätigung dieser Meldung liegt bisher nicht vor.

Türkei.

— Vom Drusenaufruh. Die „Times“ bringen aus Beirut nachfolgende Mittheilung über den Drusenaufruh in Hauran: Eine militärische Expedition von 600 Mann wurde ausgesandt, um die drussischen Banden, welche Unruhen gestiftet hatten, zu züchtigen. Das Militär wurde durch die Aufständischen in der Nähe von El-Suweidab angegriffen, 450 Mann wurden getödtet, der Rest von 150 Mann gefangen genommen.

— Aretensisches. Aus Kanea wird unter dem 30. Juni berichtet: Die Kämpfe in den westlichen Bezirken dauern fort. Beide Theile sollen beträchtliche Verluste erlitten haben. Die Aufständischen auf Kreta nahmen als Fahne die griechischen Farben mit dem byzantinischen Adler in der Mitte an. Englische und französische Schiffe sind in Derakion angekommen.

Amerika.

New-York, 22. Juni. (Eigener Bericht.) Meine Mittheilungen über die im Bundes-Kongress verhandelten Arbeitergesetz-Vorlagen habe ich dahin zu berichtigen, daß keine derselben rechtskräftig geworden ist, also auch nicht diejenigen bezüglich Erhöhung der Briefträger-Gehälter, sowie der Gerichtsmaßnahms-Befehle. Es war, als ob sich die beiden Abtheilungen des Kongresses, Repräsentantenhaus und Senat, verabredet hätten, die Antragsteller zu foppen; denn sie nahmen je diejenigen Vorlagen an, deren endgiltige Entscheidung nicht zu erwarten war, während diejenigen, welche durch ihre Entscheidung rechtskräftig geworden wären, liegen blieben. Man sollte beinahe meinen, unsere Herren Gesetzgeber wollten die an der Spitze der betreffenden Arbeiter-Organisationen stehenden unverbesserten politischen Fauleule auf die Probe stellen, in welchem Umfange sie mit denselben Schindluder spielen können. Das wäre freilich ein billiges Vergnügen, denn sie wissen ja, aus welchen Gründen sie darin nie zu weit gehen können! Eine andere Frage indessen ist, ob die Arbeiter selbst — so weit sie nicht zu derjenigen Sorte gehören, welche für ihre „Anhänglichkeit“ an eine der kapitalistischen Parteien auf „angemessene Belohnung“ reflektiren — durch derartige gesetzgeberische Thätigkeit nicht endlich zu der Einsicht gebracht werden, daß nur durch selbständiges politisches Vorgehen die Interessen der Arbeiterklasse in den Gesetzgebungen gewahrt werden.

Chicago, 2. Juli. Die zur demokratischen Nationalkonvention entsandten Delegationen, welche Silberanhänger sind, hielten gestern eine Verathung ab. Es wurde beschloffen, im Prinzip die Regel, nach welcher für die Aufstellung eines Präsidentschafts-Kandidaten Zweidrittel-Majorität erforderlich ist, nicht abzuschießen, wobei die Hoffnung zum Ausdruck kam, daß die Silberanhänger über $\frac{1}{2}$ der Gesamtzahl der Delegationen verfügen würden. Ferner wurde beschloffen, nur Silberanhänger für den Posten des zeitweiligen Vorsitzenden anzunehmen. Von den Mitgliedern des Nationalauschusses, welcher diesen wählt, gehört jedoch nur ein Drittel der Silberpartei an.

Australien.

Sydney, 1. Juli. Der Stamm der Legeri, der von Zeit zu Zeit die Südküste an der Küste von Britisch-Neu-Guinea überfallen hat, wurde durch eine Abtheilung unter der Führung des Administrators Sir William MacGregor völlig geschlagen.

Während auch Britisch-Neu-Guinea hat noch seine Eingeborenenkriege, trotzdem doch, so lange die Weißen dort den Fuß auf's Land gesetzt haben, die schwarzen Menschenbrüder dort ausgerottet wurden.

Zur interparlamentarischen Konferenz. Die Vorbereitungen werden nicht in Cranbourne Hotel stattfinden, sondern im Horsehoe Hotel, Ecke der Tottenham Court Road, und zwar am 28. Juli abends 8 Uhr — also nach der Friedensmanifestation im Hydepark. Das genannte Hotel ist dem Kongress lokal ganz nahe, und zum Sammelpunkt für die Delegationen bestimmt.

Englische Diäten. Eine Nichtigkeit. Meine Notiz bezüglich der von englischen Arbeitervereinen gezahlten Diäten ist mißverstanden worden. Diese Diäten schließen das Honorar für die Vorträge nicht ein; sie wurden festgesetzt, damit die Arbeiterlassen nicht unter den in England oft sehr hohen Hotelrechnungen zu leiden haben sollten. Mit $\frac{1}{2}$ M. Diäten allein kann man in England nicht auskommen und insbesondere kein Ausländer. Ich will nur noch bemerken, daß ich für meine Vorträge kein Honorar genommen habe.

Berlin, den 2. Juli 1896.

W. Dieckhoff.

Die Kommission für Arbeiterstatistik war heute zu einer Sitzung zusammengetreten, um die im April vorgenommenen Erhebungen über die Lage der in der Kleider- und Wäscheindustrie beschäftigten Arbeiter zu ergänzen. Es waren je ein Konfektionär aus Berlin und Weeslau, zwei Meister aus Berlin und ein Arbeiterinnen geladen. Von den letzteren waren zwei nicht erschienen. Der Berliner Konfektionär gab eine Schilderung über die Entwicklung des Damenmantel-Geschäfts in Berlin. Er führte aus, daß sich Ende der dreißiger Jahre von den Damen vorwiegend Unschlagetücher getragen seien, die Damen, welche Mäntel trugen, haben sich den Stoff gekauft und die Mäntel selbst anfertigen lassen. Um dieselbe Zeit haben einige Tuchhändler begonnen, Mäntel anzufertigen und diese in ihren Läden feilgeboten. Als sie sahen, daß für diese Artikel ein Absatzgebiet vorhanden sei, sind sie nach den Messen gereist und haben auch dort bald ein Absatzgebiet für ihre Waaren gefunden. Die ersten Exportgeschäfte wurden nach Dänemark, Schweden und Russland gemacht, während der englische und amerikanische Markt vorwiegend von Paris beherbergt wurde. Die Belagerung von Paris in den Jahren 1870/71 trieb die englischen und amerikanischen Käufer nach Berlin, und sie wurden hier so bedient, daß jener so plötzlich gewonnene Markt für die folgenden Jahrzehnte gehalten wurde. Der Absatz nach Amerika ging durch die in den Jahren 1886 bis 1892 dort inszenirte Schutzzollpolitik wieder verloren.

Beide Konfektionäre sind Vertheidiger der Hausarbeit. Für die Hausarbeit machen sie geltend, daß sie billiger ist wie Fabrikarbeit. Dazu kommt die große Mannigfaltigkeit der herzustellenden Waaren. Die Herstellung tausender Muster läßt sich weit besser im dezentralisirten Betrieb als in der großen Fabrik überwachen. Ebenfalls gehe das Geschäft auf und ab. Die Fabrikanten würden gezwungen sein, oft eine größere Anzahl von Arbeitern zu entlassen, wenn die Saison zu Ende geht. Außerdem wurde die Heimarbeit vom ethischen Standpunkt vertheidigt. Es wurde angeführt, daß die Arbeiterin ihren Hausstand in Ordnung halten und die Erziehung der Kinder beobachten könne. Die Angaben, welche der hiesige Verband der Konfektionäre über die Lohnhöhe machte, bezeichnete Redner selbst als nicht zuverlässig, da die Erhebungen noch nicht abgeschlossen sind.

Daß die Arbeiterentlassungen keine besondere Eigenschaft des Fabrikbetriebes sind, ging aus der nun folgenden Vernehmung eines Meisters hervor. Dieser gab an, daß er während eines Drittels eines Jahres 11—12 Arbeiter beschäftigte, während eines zweiten Drittels 5—6 Arbeiter und im letzten Drittel 2—3. Also von 11 Arbeitern haben nur 2 das ganze Jahr Arbeit, während 3 Arbeiter 4 Monate und 6 gar 3 Monate bei ihm keine Arbeit haben können. Die etwas prunkenden Löhne, welche die Konfektionäre ermittelt haben, beziehen sich auf tüchtige Arbeiter, welche voll beschäftigt waren. Nimmt man an, daß es in allen Werkstätten ähnlich ausfiele, dann kann jede Mäntelherin im Durchschnitt für 30 Wochen im Jahr auf volle Beschäftigung rechnen und würde ein Wochenverdienst von 15 M. eine Jahreseinnahme von 450 M. bringen. Ein Bild des Glens gab denn auch eine der Arbeiterinnen, welche Wittve ist und 5 Kinder zu ernähren hat. Hier wurde aus der Zögelle des Konfektionärs ein Trauerspiel des Lebens.

Den Großkonfektionären geht es wie den Fürsten, welche auf ihren Rundreisen nur festlich gekleidetes Publikum sehen. Die Konfektionäre sehen bei den Meistern immer nur Arbeiterinnen, welche Arbeit haben, also in den Wochen, welche die Arbeiter als „gute Wochen“ bezeichnen. Sollen die von den Konfektionären angestellten Erhebungen einen verwertbaren Zweck haben, dann müssen sie allwöchentlich feststellen, wie viel Arbeiter in der betreffenden Woche beschäftigt waren. Wenn sich

dann herausstellt, daß die günstige Zeit zur todtten Saison sich zu flücht, wie bei dem oben erwähnten Meister, nämlich wie 2 zu 1, dann können sie eine Abnahme davon haben, wie trotz den relativ hohen Löhnen in der hohen Saison die Noth ein ständiger Gast bei ihren Arbeitern ist.

Der „Anarchist“ Jacoby vor dem Reichsgericht.

Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts wurde, wie gestern gemeldet, am 1. Juli gegen den 20 Jahre alten Anarchisten und Buchbinderlehrling Hugo Jacoby aus Jena in Anhalt, zuletzt in Freiburg i. B. wohnhaft, in öffentlicher Sitzung verhandelt. Den Vorsitz führte Senatspräsident v. Wolff, die Anklage vertrat Ober-Reichsanwalt Hamann, die Verteidigung hatte Rechtsanwalt beim Reichsgericht Justizrat Franz. Im Verhandlungsaal befanden sich mehrere Polizeibeamte in Zivil. Jacoby, der schon 1880 seine Mutter verlor, hat eine mangelhafte Erziehung genossen; er hielt sich erst in Leipzig, Magdeburg, Berlin und Glogau auf und wanderte dann nach der Schweiz. Wegen seiner Vorstrafen wegen Vettelns und Landstreichens wurde ihm in Basel das erforderliche Vermögenszeugniß nicht ausgestellt; im Gegentheil wurde er dort ausgewiesen. Die hierdurch geschaffene Verbitterung hat ihn in die Arme der Anarchisten geführt. Er hat sich dann nach Zürich, Breisach, Saarbrücken und Karlsruhe gewandt und kam auch nach Mannheim. Hier hat er sich einen Hektographen beschafft und zwei selbstverfaßte Gedichte, sowie andere poetische Werke hektographirt und in der Versammlung des sozialdemokratischen Diskussions „Vorwärts“ in Mannheim im November und Dezember 1895 für 5 Pf. pro Stück zu verkaufen gesucht. Es handelt sich um folgende Gedichte anarchistischen Inhalts, durch die er zur Ermordung des deutschen Kaisers, zum Bombenwerfen und zur Anwendung von Explosivstoffen aufgefordert haben soll: „Erwach mein Volk“, „Machehymne“, „Anarchistisches Sturmlied“, „Marseillaise der Anarchie“, „Gedicht zum Andenken an die Ermordung Carnots“ durch Caserio, „Die Bombe spricht“. Von hier wandte sich Jacoby nach Freiburg i. B., wo er mit den Anarchisten Machner und Schenkel bekannt wurde. Machner hat er eine Abschrift des Gedichtes „Neues deutsches Glaubensbekenntniß“, durch das er den deutschen Kaiser beleidigt haben soll, gegeben. Dann hat er einen Aufruf „An die Arbeiter“ verfaßt, in dem er die Arbeiter von der Feier des 1. Mai abzuhalten suchte und sie aufforderte, den Gedenktag des 18. März 1848, die 100 jährige Wiederkehr der französischen Revolution und den 12. November zu feiern. Diesen Entwurf hat er in einer am 20. Januar in Freiburg abgehaltenen Anarchistenversammlung, die etwa 13 Mann stark war, verlesen, dann hektographirt und an Schenkel, den Verbreiter des „Sozialist“, 38 Exemplare dieses Aufrufs zur Verteilung an die Abonnenten des „Sozialist“ gegeben. Schenkel hat aber die Verbreitung unterlassen. Außerdem hat er auch an andere Personen den Aufruf, der eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten enthalten soll, sowie einige Gedichte gegeben. In Freiburg wurde die Polizei dadurch auf ihn aufmerksam, daß er im „Sozialist“ unter dem Pseudonym Hefekiel einen Artikel veröffentlichte. Bei einer bei elf Personen daselbst vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden die Gedichte und die Aufrufe gefunden und beschlagnahmt. Jacoby gab an, aus Noth die Schriften verkauft zu haben und will sie nur an seine Parteigenossen gegeben haben. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß er auch an andere Personen, die er nicht als Genossen kannte, die Gedichte abgelassen hat. Ober-Reichsanwalt Hamann beantragte eine Gesamtstrafe von fünf Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Unbrauchbarmachung der beschlagnahmten Schriften. Der Verteidiger hielt eine zweijährige Zuchthausstrafe für genügend. Das Gericht verurtheilte, wie bereits gemeldet, Jacoby wegen Verbrechens nach § 10 des Gesetzes vom 9. Juni 1884, gegen §§ 85, 180 und 95 des Reichs-Strafgesetzbuches, Aufforderung zum Hochverrath, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und Majestätsbeleidigung zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Polizei-Aufsicht. Außerdem wurde auf Einziehung der Schriften erkannt.

Es verdient erwähnt zu werden, daß selbst der Staatsanwalt die „hochverrätherischen“ Werke des Jacoby jugendhafte Ideen und unreifes Zeug nannte; es müsse verhindert werden, daß mit solchen Sachen gespielt werde. Und um derartige Epistole zu „verbindern“, bringt man einen jungen Menschen, der sich infolge seiner vernachlässigten Erziehung und seiner in frühesten Jugend verklärten Erisens wahrscheinlich in keiner Weise über die Tragweite seiner Phrasen klar geworden ist, auf 3 1/2 Jahre ins Zuchthaus.

Partei-Nachrichten.

Die Agitationskommission für Thüringen beruft zum 2. August eine Konferenz nach Erfurt ein. Die Tagesordnung ist vorläufig wie folgt festgesetzt. 1. Das Bürgerliche Gesetzbuch. Referent Reichstags-Abgeordneter Reichhaus. 2. Agitation. 3. Presse. 4. Anträge aus der Mitte des Parteitages. 5. Wahl der Orte für die Kommissionen.

Bei der Gewerbegerichtswahl im Bezirk erreichten unsere Parteigenossen im ersten Wahlbezirk die Majorität. Bis her war der Bezirk von anderer Seite vertreten. Im vierten Bezirk wurde Genosse Leib wiedergewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen groben Unfugs in zwei Fällen hatte sich Genosse Biertelarz am Dienstag vor dem Erfurter Schöffengericht zu verantworten. In der am 24. Mai er. erschienenen „Thüringer Tribüne“ war unter der Spitzmarke „Auch ein Kämpfer für Ordnung u. s. w.“ mitgeteilt worden, daß der berühmte Raubmörder Kglar vor dem Schwurgericht zu Reichenberg in Böhmen durch den Polizeikommissar Gähner aus Gablung als ein Mann bezeichnet worden war, der längere Zeit als Polizeispion gebietet und weitverzweigte Verbindung mit der Verbrecherwelt unterhalten habe. — Die am 30. Mai er. erschienene „Thüringer Tribüne“ meldete unter der Spitzmarke „Die Jagd auf Menschen“, daß am zweiten Pfingstfesttag in Steglitz ein Gewand den Arbeiter Fischer erschossen habe, weil sich dieser durch die Flucht in ein Kornfeld seiner Arrestur zu entziehen versucht hatte. Genosse Biertelarz sollte nun unter Anwendung dieser beiden Spitzmarken einen groben Unfug verübt haben. Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 60 M. Das Urteil lautete auf eine Gesamtstrafe von 60 M. event. 12 Tagen Gefängniß.

Wir haben, was „groben Unfug“ anbelangt, schon manche gewagte richterliche Deduktion erlebt, diese dürfte aber mit zu denjenigen gehören, die verdient, uns eine ganz besondere Hochachtung vor der deutschen Rechtsprechung einzuschleusen. Uebrigens können wir uns wohl denken, daß man die beiden angeführten Fälle unter groben Unfug rangiren kann; nur finden wir in der Bekanntgabe derselben kein strafbares Delikt, wohl aber in dem Vorkommnisse selbst. Jedermann wird es deshalb schwer begreifen, warum die Sache von deutschen Richtern umgekehrt beurtheilt wurde.

— Wie peinlich die Staatsanwaltschaft bei der sozialdemokratischen Presse jedes Wort auf seinen Inhalt prüft, das bewies wieder ein Prozeß, der gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Stettiner Parteiblattes angehängt wurde. In Nr. 96 vom 24. April hatte der „Stettiner Volksbote“ im Anschluß an die Reichstags-Debatten über das Duell einen

diesen Gegenstand behandelnden Artikel gebracht. Bekanntlich war von konservativer Seite behauptet worden, die Beleidigungen würden nur mit wenigen Mark Geldstrafen geahndet. Es blieb mit bezug hierauf, daß die Sozialdemokraten so milde nicht eingeschätzt werden. Der Beleidigungsparagraph sei überhaupt zu einem Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie geworden. Und was werde alles als Beleidigung betrachtet. So habe sich Genosse Ohl am Montag wegen Beleidigung zu verantworten, weil in einem Artikel aus Alt-Damm über den dortigen Bürgermeister gesagt sei: „Das spricht gerade nicht für ihn.“ Im Zusammenhang mit den vorhergehenden Sätzen könne man ehrlicher Weise auch nur lesen, daß es faktisch richtig gewesen wäre, wenn der Bürgermeister die Einwohner nicht wegen Beleidigung bestrafen ließe. Das Landgericht habe in den Worten auch keine Beleidigung finden können, aber das Oberlandesgericht, das meist aus ehemaligen Staatsanwälten bestehe, habe das Hauptverfahren angeordnet. — In den Worten „ehrlicher Weise“ sollte nun im Zusammenhang mit dem Schlußsatz der Vorwurf enthalten sein, daß das Oberlandesgericht habe unehrlich gehandelt. Der Angeklagte erklärte auf die Frage, ob er die Beleidigung zugebe, daß er ganz entschieden bestritte, daß sich das Wort „ehrlich“ als Gegensatz auf „unehrlich“ beziehen solle. Man sagt oft, ehrlicher Weise muß man das sagen, ohne daß man sich dabei den Vorwurf der Unehrlichkeit denkt. Wenn er beabsichtigt hätte, dem Oberlandesgericht ein auszuweisen, so hätte er dies nach statthabender Verhandlung gethan. Der Staatsanwalt Pläsche führte hiergegen aus, die Auffassung des Oberlandesgerichts sei dem Angeklagten bekannt gewesen. Es sei kein Zweifel, daß der Angeklagte habe ausdrücken wollen, daß das Oberlandesgericht ihn als Sozialdemokraten und nur, weil er Sozialdemokrat sei, angeklagt habe. Der Ausdruck „ehrlicher Weise“ entspreche nicht dem Sprachgebrauch. Was die Strafzumessung anbelangt, so sei es schwer, das richtige Strafmaß zu finden. Er beantrage daher zwei Monate Gefängniß. Dieser künstlichen Auslegung der so oft gebrauchten Redewendung konnte sich jedoch der Gerichtshof nicht anschließen und sprach den Angeklagten frei.

— Nachklänge vom Dresdener Maurerstreik. Der § 153 der Gewerbe-Ordnung mußte wieder einmal dazu dienen, einen Arbeiter ins Gefängniß zu schicken, weil er angeblich sich des schweren Vergehens schuldig machte, seinen Unwillen darüber zu äußern, daß seine Berufsgenossen nicht die im Streit festgesetzte Arbeitszeit innehielten. Trotzdem der Angeklagte darauf hinwies, daß der Streik beendet war, und von einer Verdröhung und Ehrverletzung gegenüber seinen Kollegen gar nicht die Rede sein könne, verurtheilte ihn dennoch der Gerichtshof zu 1 Woche Gefängniß.

Soziale Uebersicht.

Die Löhne der preussischen Bergleute im ersten Quartal 1896. Die Zeitschrift für Bergbau, Salinen- und Hüttenkunde (herausgegeben vom preussischen Landesministerium) bringt in ihrem eben erschienenen II. Heft Ausweise über die in den ersten drei Monaten dieses Jahres in Preußen gezahlten Bergmannslöhne. Danach haben verdient: im Durchschnitt pro Tag die Steinkohlen- und Bergarbeiter Oberschlesiens 2,46 M.; in Niederschlesien 2,45 M.; im Ruhrgebiet 2,28 M.; im Saargebiet 2,31 M.; im Rachen Revier (Worm) Revier 2,88 M. Die Braunkohlen-Arbeiter verdienten im Bezirk Halle 2,47 M. Im Salzbergbau war der Tageslohn 3,50 M. Die Erzbergleute verdienten: Mansfelder Gebiet 2,74 M., Oberhartz 2,06 M., Siegen-Rassau 2,38 M., rechtsrhein. Erzbergbau 2,31 M., linksrhein. Erzbergbau 2,18 M.

Diese Zahlen lehren wieder einmal, daß der Gewinn der Kotten Geschäftzeit sich nicht dem Arbeiter zugewendet hat. Im Vergleich mit dem ersten Quartal 1895 ist der Bergmannslohn in Oberschlesien, Niederschlesien, im Rachen Revier, in Halle und Mansfeld pro Tag um einen bis fünf Pfennig gefallen! Auf derselben Höhe hat sich der Lohn gehalten im Saargebiet; um 1—10 Pfennig ist er gestiegen im Ruhrgebiet, Halle (Salzbergbau), Oberhartz, Rassau, Siegen, rechts- und linksrhein. Erzbergbau. Die höchste Steigerung (10 Pf.) erzielten die Siegerer Bergleute, die bekanntlich in vergangenen Frühjahr eine ganze Reihe partieller Streiks meist mit Erfolg durchgeföhrt haben. Im Ruhrgebiet, wo das Kohlenyndikat den Kohlenpreis bedeutend erhöhte, so daß die Zechen oft mehr als doppelt so hohe Ueberschüsse wie im Vorjahre machten, ist der Bergmannslohn um — zwei Pfennig pro Tag gestiegen. Ja, die Arbeiter „über Tage“ erhielten sogar noch 7 Pfg. pro Tag geringeren Lohn! Das nennt sich dann auch noch breitpümpig Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. — Daß im ober-schlesischen Revier die Bergmannslöhne gesunken sind, ist wieder recht bezeichnend dafür, wie die Grafen, Fürsten und Herzöge in ihrer Eigenschaft als Grubenbesitzer das „noblesse oblige“ verstehen. Auch in Oberschlesien sind die Profite der Unternehmer ganz gewaltig gestiegen und alle Börsen- und Handelsberichte stimmen überein in der Schilderung der „außerordentlich günstigen Lage der ober-schlesischen Montanindustrie“. — Auch die fiskalischen Saargruben können nicht zurückbleiben, wenn es heißt, eine „gerechte Verteilung“ der erzielten Gewinne vorzunehmen. Gerade die Saargruben haben mit ihrer außerordentlich forcirten Förderung sogar den heute verfloßenen Vergewertungsminister Verlopsch veranlaßt, die Verwaltung zu wechseln, nicht so intensiv zu produziren und mehr acht auf die Sicherheit der Arbeiter zu geben. Im Gebiete der Saargruben (Bonner Oberbergamt) ist denn auch die procentuale Steigerung der Kohlenförderung am höchsten (12 pCt.). Und doch blieb der Lohn der Bergleute auf gleicher Höhe. Der Vater Staat als Arbeitgeber! — Sämtliche Zweige der preussischen Bergwerksindustrie sind seit Jahresfrist mit erheblicher Steigerung ihrer Produktpreise vorgegangen; besonders der Erzbergbau hat durch seine Kartelle und Syndikate ganz ansehnliche Preissteigerungen vorgenommen. Dem Arbeiter aber wurde nichts von dem „Segen des Bergbaus“, oder er mußte sich erst einen geringen Mehrverdienst, wie in Siegen, erlämpfen. Das Summe equivo existirt bei den Grubenmagnaten nicht; „alles für mich“ ist sein Wahlpruch.

Die Beschäftigung der Gefangenen in landwirtschaftlichen Arbeiten. Nach einem ministeriellen Erlass vom 15. März 1895 sollen Strafgefangene auf Antrag zu landwirtschaftlichen Meliorationsarbeiten u. s. w. gestellt werden. Eine Bestimmung des laufenden Jahres verfügt, daß Sträflinge auch zu Erntearbeiten zu stellen sind, wenn freie Arbeiter zu ortsüblichen Lohnsätzen nicht zu haben sind. Ueber die Anwendung dieser Vorschrift befragt sich ein Landwirth aus der Nähe von Rawitsch in der Provinz Posen in einer Zuschrift an das agrarische „Deutsche Tageblatt“ folgendermaßen: „Ich war in der Lage, von der vermeintlichen Vergünstigung Gebrauch machen zu sollen, weil acht russisch-polnische Arbeiter plötzlich kontraktbrüchig geworden und fortgelaußen waren, während meine Heuernte zum theil noch der Sense wartete. Das Bedürfnis war hier unbedeutend. Auf meinen Antrag an die Strafanstalt Rawitsch, die 900—1000 Strafgefangene beherbergt, ging mir folgender Bescheid zu:

„Euer Wohlgeborn erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom gestrigen Tage ergebenst, daß ich Ihrem Gesuche um Gestellung von zehn Gefangenen zur Ernte-Arbeit Folge zu geben nicht in der Lage bin. Abgesehen davon, daß zur Stellung von Gefangenen zur Ernte- p. p. Arbeit in jedem einzelnen Falle die Genehmigung des Herrn Ministers eingeholen ist, was doch einige Zeit in Anspruch nimmt, und

die zu zahlenden Tagelöhne etwa 120 M. neben Aufsichtslohn für den überwachenden Beamten mit pro Tag 3 M. betragen, sind die inhaftirten Gefangenen verträglichmäßig den Unternehmern überwiesen, welchen sie nur zu Hausarbeiten abgenommen werden dürfen. Würden den Unternehmern Gefangene zu landwirtschaftlichen Arbeiten abgenommen, so würden sie sich mit vollem Recht beschwerdefähig an die künigl. Regierung wenden.“

So der „Landwirth“. Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt ihrerseits dazu: „Wir sind im allgemeinen, wie unsere Leser wissen, der Ansicht, daß die Strafgefangenen nur für staatliche Arbeiten zu verwenden sind, meinen aber, daß, wenn einmal eine Verfügung besteht, nach welcher Strafgefangene in Nothfällen zu landwirtschaftlichen Arbeiten überwiesen werden sollen, dieser Verfügung auch Raum gegeben werden mußte. — Interessant ist uns nun an der Antwort der Strafanstalt noch insbesondere, daß die Arbeitskraft aller „inhaftirten Gefangenen“ verpachtet ist. Welchen Handwerkern macht diese Gefangenenarbeit wieder Konkurrenz und wie hoch wird dieselbe seitens der Unternehmer bezahlt? Wird den Unternehmern die tägliche Arbeitskraft eines Gefangenen auch mit 1,50 M. oder billiger berechnet? Wir wären für die Beantwortung dieser Frage dankbar.“

Der posener Landwirth wie das Agrarierorgan offenbaren hier ihren volkfreundlichen Sinn recht erlautend. Sie schäumen über vor sittlicher Entrüstung, weil nicht auf Kommando eines Gutsherrn ihnen jederzeit Gefangene, und zu einem billigeren Preise als 1 M. 20 Pf. zugewiesen werden. Das wäre so ein Geschäftchen, wenn der Staat jederzeit billige Arbeitsklaven lieferte. Da würde es sich lohnen, die Strafgesetze zu verschärfen und Gefangnisse und Zuchthäuser zu vermehren.

Die Bevölkerung des Königreichs Sachsen beträgt nach den Ergebnissen der Volkszählung 3 753 262 Personen. Dem Geschlechte nach vertheilt sich die Gesamtzahl auf 1 824 560 Personen männlichen und 1 928 702 Personen weiblichen Geschlechts. Auf je 1000 männliche Bewohner kommen somit 1057 weibliche Bewohner.

Die Leipziger Gewerbekammer wandte sich in einem am 29. Juni gefassten Gutachten an das sächsische Ministerium gegen die Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik betr. den Schluß der Ladengeschäfte, weil die Frage nicht einheitlich zu regeln möglich sei, die Ladenbesitzer durch die Sonntagsruhe schon schwer geschädigt worden sind und ihre Existenz gegenüber den Konsumvereinen, den Detailhändlern und den Hausirern schon als eine sehr bebrängte erscheine. Dann sei es unbillig, den Ladenbesitzer, der mit seinen Familienangehörigen arbeite, in seiner Freiheit zu beschränken. Die Einfuhrung der Ladenschlußstunde würde der Ruin der kleinen Ladengeschäfte sein. Dagegen hat die Kammer kein Bedenken dagegen, daß die Arbeitszeit der Angestellten durch Verordnung beschränkt werde.

Die Privatrevision der Bergwerke im Bezirk Myslowitz-Kattowitz durch einen Beamten der Familie Ziele-Winkler hat anlässlich der Kleophas-Katastrophe eine lebhafteste Erörterung durch die Presse erlebt. Das typische an dem Falle ist nur, daß ein Beamter für die Sicherheit der Arbeiter sorgen soll, dessen Brotheber im hohen Maße (mit 10 pCt. des Bruttogewinns) an dem Ertrage der Gruben theilhaftig ist.

Wie recht wir haben, wenn wir einem solchen Dualismus mißtrauen, zeigt uns auch klarste die eben veröffentlichte „Statistik des ober-schlesischen berg- und hüttenmännischen Vereins“. Hier finden wir u. a. auch Nachweise über die im ober-schlesischen Industriebezirk vorgekommenen Unglücksfälle im Bergbau und Krankheiten.

1895 kamen im ganzen Industriebezirk 120 tödtliche Unglücksfälle vor, gleich ein solcher auf 443,1 Arbeiter. Im Bezirk des Ziele-Winkler'schen Beamten, Myslowitz-Kattowitz, sind allein 65 Bergleute zu Tode gekommen, d. h. im dortigen Revier entfiel ein Todesfall schon auf 210,78 Arbeiter!!!

Wehr als doppelt so viel Menschen wurden hier also dem Kapital geopfert, wie sonst der „unbeschränkte Durchschnit“ ausweist. Woran liegt das? Es mögen die Abbau-Verhältnisse u. c. dem Leben der Bergleute gefährlicher sein. Aber dann auch scharfe, äußerst scharfe Kontrolle der Sicherheitsmaßregeln — wenn überhaupt welche vorhanden sind. Die Kleophas-Katastrophe mit ihren 114 Arbeiterleichen hat die Oeffentlichkeit einen grauenvollen Blick thun lassen in die Praxis der „provisorischen Schachtgerichte“ und der „abgehängten Stiegeleiter.“

Die Krankheitsstatistik Oberschlesiens zeigt ebenfalls große Zunahme der schweren Krankheiten im Regalbezirk der Ziele-Winkler'schen Familie. Während im ganzen ober-schlesischen Gebiet auf 81,3 (7) Bergleute ein Kranker über 18 Wochen kommt, wird im Revier Myslowitz-Kattowitz schon jeder 71te Bergmann krank!

Die Spuren schrecken.

Gewerkschaftliches.

Die Sammelliste Nr. 1975 der streikenden Gutmacher ist verloren gegangen. Wir bitten, dieselbe anzuhalten.

Die Lohnkommission.

Die Brauer und Brauereibesitzer in Färth haben in ihrem Ausschuss die bisher unbestimmte Arbeitszeit auf 10 1/2, an Sonntagen auf drei Stunden, sowie eine achtprozentige Lohn-erhöhung festgesetzt. Eine Kart beschulte Brauerversammlung erklärte sich mit den Bedingungen einverstanden.

In Kulmbach ist der Streik der Maurer in einer Sitzung der streitenden Parteien, die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters und des Regierungskommissars Brinz von Bayreuth stattfand, zu gunsten der Arbeiter beigelegt.

In der Waggonfabrik von Schmieder u. Mayer in Karlsruhe traten am 30. Juni 160 Arbeiter in den Ausstand. Sie verlangen statt einer einhalbstündigen Mittagspause, sowie Einsetzung eines Arbeiter-Ausschusses, der in Vereinbarung mit dem Inhaber der Firma eine Regulirung der Löhne, sowie der Arbeitsordnung herbeiföhren soll. Der Inhaber der Firma, Herr Schmieder, hat die „berzeitige“ Fabrikordnung ohne Zustimmung oder auch nur Vereinbarung der Arbeiter aufgestellt. Die Streitenden wandten sich bereits an den Fabrikinspektor Dr. Wörtschhofer, welcher eine Vermittelung anbahnen wollte. Die Firma jedoch lehnte dies ab. Dierauf wendeten sich nun die Arbeiter an das Bezirksamt, um die Ungiltigkeit der Fabrikordnung zu erwirken. Der Fabrikant weist jede Unterhandlung mit den Arbeitern schroff ab. Zuzug von Holzarbeitern, Metallarbeitern aller Branchen, sowie Landwehren, Sattlern u. c. ist streng fernzuhalten.

Depeschen und lokale Nachrichten.

Barcelona, 2. Juli. (B. Z. B.) Die Polizei hat den Präsidenten des Klubs der Schloffer und den früheren Präsidenten des Klubs der Fuhrleute, beide bekannte Anarchisten, verhaftet.

Athen, 2. Juli. (B. Z. B.) Die türkischen Truppen haben in Areta wieder die Offensive ergriffen und versuchten gestern die strategischen Punkte zwischen Kifasso und Selino zu besetzen und die Aufständischen zu ungehen. Nach blutigem Kampfe schlugen die Aufständischen die türkischen Truppen zurück und brachten ihnen ernste Verluste bei.

Reichstag.

119. Sitzung vom 2. Juli 11 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Hammerstein, von Böttcher.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. v. Mantuffel (D.): Ich bin gestern leider verhindert gewesen, in der Sitzung anwesend zu sein; wenn ich anwesend gewesen wäre, so würde ich bei der Schlussabstimmung über das Bürgerliche Gesetzbuch für dasselbe gestimmt haben.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzesentwurfes betr. den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln.

In der Generaldiskussion führt

Abg. Nettich (L.) unter großer Unruhe des Hauses aus: Unser Zeitalter steht unter dem Zeichen der schwindelhaften Klänge, der Fälschung und vor allen Dingen der Surrogate. Nirgends aber ist die Fälschung so stark hervorgetreten, wie bei der Margarine. Die Erkenntnis dieser Wahrheit ist denn auch allgemein hervorgetreten und ich muß mich nur wundern, daß in der letzten Zeit ein Umschwung eingetreten ist, nachdem hochgestellte Persönlichkeiten sich eine große Margarinefabrik angesehen haben. Die Margarine sei schwer verdaulich. Je strengere und wirksamere Vorschriften das Gesetz gegen die Margarine trifft, um so besser für die Konsumenten. Den Fabrikanten ist das natürlich nicht angenehm, und es ist bezeichnend, daß Herr Mohr die Sozialdemokraten telegraphisch aufgefordert, hat zur dritten Beratung der Margarinevorlage vollständig hier zu erscheinen. (Hört! hört! rechts.) Glaube etwa der Herr, daß die Reichstagsabgeordneten dazu da sind, nach seiner Pfeife zu tanzen? (Sehr gut! rechts.) Was das Gesetz selbst betrifft, so bedauern wir, daß die verbündeten Regierungen sich mit solcher Entschiedenheit gegen das Verbot des Margarinelases ausgesprochen haben. Wir wollen dieses Verbot nicht beantragen, werden aber gegen das ganze Gesetz stimmen, wenn das Farbverbot nicht ausgesprochen und nicht getrennte Verkaufsstellen für Margarine und für Butter errichtet werden. Ohne die letzteren ist eine Kontrolle des Margarinelases nicht möglich. (Beifall rechts.)

Abg. Benoit (fr. Bg.) bekämpft die Vorlage und spricht seine Verwunderung darüber aus, daß die Regierung es unterlassen habe, irgend eine Statistik über diesen Gegenstand vorzulegen, und hält es für unmöglich, daß die notwendigen Kontrollmaßregeln durchgeführt werden können.

Abg. Schulz-Lupik (Rp.) spricht sich für das Gesetz aus, vermißt aber, daß man konsequent vorgegangen sei; man hätte viel weiter gehen müssen. Das einzige Mittel zur Feststellung, ob Margarine oder Butter vorliege, sei das Phenolphthalein, das nicht gesundheitsschädlich und nur schwer wieder zu entfernen sei. Wenn es sich als wahr erweise, daß Albedereis-Abfälle zur Vereitung der Margarine verwendet würden, dann müsse die Regierung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, welche die Hauptkonsumenten stelle, einschreiten. In anderen Ländern sei die Margarine ganz verboten oder einer strengen Kontrolle unterworfen. Wenn wir nun nicht strenge vorgehen, dann werde Deutschland schließlich die Abfallstoffe aller minderwertigen Fette der Erde werden. Die Regierungen mögen sich nicht einschüchtern lassen, sondern sich für die ganze Welt vorgehen. Er betrachte das Gesetz nur als ein provisorisches. Die Wissenschaft werde weiter arbeiten und mit ihrer Hilfe könnten dann andere Maßregeln getroffen werden. Vorläufig bitte er um Annahme seines Antrages betreffend den Zusatz von Phenolphthalein.

Preussischer Landwirtschaftsminister v. Hammerstein: Ich spreche heute nicht als Landwirtschaftsminister, sondern als Vertreter der verbündeten Regierungen. Was den Besuch hoher Staatsbeamten in der von Herrn Nettich erwähnten großen Margarinefabrik betrifft, so ist es Pflicht dieser Beamten, sich in solchen Fragen durch persönliche Inspektionen und Besichtigungen zu informieren; es ist verfehlt, an die Ausübung einer solchen Pflicht Bemerkungen zu knüpfen, die darauf hindeuten, als wäre das geschehen, um eine sympathische Stellung zur Margarinefrage einzunehmen. Herr Nettich schüttelt mit dem Kopf; meine Bemerkungen beziehen sich mehr auf die Presse. Der Grundgedanke dieses ganzen Gesetzes ist der, der unlauteren Konkurrenz der Margarine gegen die Butter im Handel und im Verkehr entgegenzutreten. Wäre die Margarine ein allgemeines, gesundheitsschädliches Nahrungsmittel, so würde das Verbot der Margarine ausgesprochen werden müssen. Trotz der Zunahme des Konsums ist aber der Beweis nicht dafür erbracht worden. Jedes Margarinegesetz wird ein provisorisches Gesetz sein je nach dem Fortschritt der Technik und der Erfahrungen; wir können ein abschließendes Gesetz in dieser Materie heute noch nicht machen. Der Behauptung muß ich entschieden entgegenstellen, daß das Gesetz absolut unnütz ist. Nicht aber darin, was im Gesetz steht, sondern wie das Gesetz ausgeführt und gehandhabt wird, darin liegt der Schwerpunkt, ebenso wie in den Strafbestimmungen, die geeignet sind, einen gewissen Schrecken vor Fälschungen zu verbreiten. Die materiellen Bestimmungen der Vorlage bilden einen so wesentlichen Fortschritt gegen das bestehende Gesetz, daß ich es nicht verzeihen würde, wenn man es pure ablehnen würde, weil man nicht alles erreichen kann. Ein Beweis, daß das Gesetz absolut nicht wirken wird, ist nicht erbracht und könnte erst erbracht werden, wenn das Gesetz längere Zeit ausgeführt ist. Das Farbverbot könnte illusorisch gemacht werden, wenn man färbende Surrogate verwendete. Wir wollen nicht durch das Verbot der Färbung der Margarine, die an sich ohne Färbung kein sehr appetitliches Aussehen hat, ein Aussehen geben, welches dies Nahrungsmittel für die ärmere Bevölkerung unappetitlich oder widerlich macht. Davor muß ich dringend warnen, daß etwa das Farbverbot auf die Butter ausgedehnt wird, dadurch würden Sie einen großen Theil der Butterproduktion schädigen (Sehr richtig), denn unsere Exportbutter geht nach solchen Gegenden, wo die Färbung verlangt wird. Nach meiner persönlichen Ueberzeugung würden Sie durch das Farbverbot für Butter das Gegenteil von dem erreichen, was Sie wollen und der Landwirtschaft nicht nützen, sondern schaden. Durch die Trennung der Verkaufsräume würde — abgesehen von dem Umstand, daß sie schwer durchführbar und sehr schwer zu kontrollieren sein wird — vielleicht nicht die Margarine, sondern die Butter geschädigt werden. In den westlichen Industriebezirken mit kleiner Bevölkerung, wo nachweisbar 2/3 Margarine und 1/3 Butter gekauft wird, würde man den Kaufmann durch die Trennung der Verkaufsräume zwingen zu wählen, welche von beiden er ausschließlich führen will, und er wird natürlich die Margarine wählen, für welche er den größeren Absatz hat. So würde in den westlichen Landestheilen die Butter verdrängt und die Leute würden gezwungen werden, sich ausschließlich der Margarine zuzuwenden. Bei den Versuchen mit Phenolphthalein ist in einzelnen Fällen ein sehr viel rascheres Verderben eingetreten, in anderen Fällen nicht. Die Frage ist noch nicht abgeschlossen, sie gehört zu den Fragen, mit denen wir experimentieren. Es wird leicht sein, wenn dieses Gesetz nicht ausreicht und die Chemie festgestellt

hat, ob dieses oder ein anderes Zusatzmittel wirklich geeignet ist, die Konkurrenz zu vermindern, ein neues Gesetz zu machen. Wenn Herr Schulz-Lupik die Befürchtung ausgesprochen hat, daß Deutschland ein Abfallplatz für minderwertige Fette werden könnte, falls die Vorlage nicht verschärft würde, so möchte ich ihn darauf aufmerksam machen, daß wir schon jetzt durch die reichsrechtlichen Bestimmungen in der Lage sind, gesundheitsschädliche Fette fernzuhalten; nicht gesundheitsschädliche Stoffe können wir natürlich nicht abweisen. Auf die anderen Fragen will ich hier noch nicht eingehen, weil sie wahrscheinlich bei der Spezialdiskussion Gegenstand eingehender Beratungen sein werden. Prüfen Sie (rechts) sorgfältig, ob nicht durch dieses Gesetz, selbst wenn die Bestimmungen, welche Sie wünschen, nicht aufgenommen werden, ein außerordentlich großer Fortschritt gegenüber dem bestehenden Gesetz erreicht wird und ob Sie durch die Ablehnung der Vorlage der Landwirtschaft nicht nützen, sondern schaden.

Abg. Harm (Soz.): Die Margarine ist ein gutes Nahrungsmittel, und deshalb ist man nicht berechtigt, es dem Volke zu verweigern. Eine Gesundheitschädigung durch die Margarine ist nicht nachgewiesen, und wenn gesundheitsschädliche Materialien verwendet werden, so kann man solche gewissenlose Fabrikanten schon mit dem jetzigen Nahrungsmittelgesetz treffen. Die Regierung sagt, sie will die Margarine nicht unterdrücken zu Gunsten der Butter. Aber Herr v. Blöth sagt: Die Bestimmungen über die getrennten Verkaufsräume können wir nicht entbehren. Das ist einfach das Verbot des Verkaufs der Margarine. Die Sozialdemokraten beantragen deshalb die Befreiung des Farbverbots und der Bestimmung über die getrennten Verkaufsräume. Der Margarinefabrikant Mohr hat allerdings an die Sozialdemokraten telegraphiert, daß sie hier zur Beratung erscheinen möchten. Wir brauchen dazu Herrn Mohr nicht. (Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Weber-Bayern (B.): Die Margarine macht der Naturbutter einen unlauteren Wettbewerb, deshalb ist das Gesetz dringend nothwendig.

Darauf wird die Generaldebatte geschlossen. In der Spezialdebatte werden die §§ 1 und 2 ohne Debatte genehmigt.

Zu § 3 (bisher 2a), welcher das Farbverbot enthält, liegt ein Antrag der Sozialdemokraten vor, den § 3 ganz zu streichen.

Die Abgg. Schulz-Lupik, Paasche und Rothbart beantragen dagegen, dem § 3 folgenden Zusatz zu geben:

Der Bundesrath hat bei der gewerbmäßigen Herstellung von Margarineläusen den Zusatz von Phenolphthalein oder eines anderen von Bundesrath zu wählenden geeigneten Reimmittels vorzuschreiben und das gewerbmäßige Verkaufen und Festhalten von Margarine oder Margarineläusen ohne diesen Zusatz unter der Strafandrohung des § 15 zu verbieten. Die Art der Anwendung regelt der Bundesrath durch besondere Bestimmungen, die im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen sind.

Abg. Paasche (natl.) bespricht das Farbverbot und den Zusatzantrag, behält sich aber seine Entschlußfassung darüber vor bis zu einer Erklärung der verbündeten Regierungen über diesen Punkt.

Staatssekretär v. Böttcher: Ich dachte, die Stellung der verbündeten Regierungen wäre aus den Aeußerungen des preussischen Ministers für Landwirtschaft deutlich genug hervorgegangen. Auf Grund der sehr sorgfältigen und eingehenden Berathung, die gerade das Farbverbot im Bundesrath gefunden, kann ich mittheilen, daß dieser dem Farbverbot nicht zustimmen wird. (Beifall links.) Würden Sie den § 3 im Gesetz belassen, so würden wir auch dem Gesetz im ganzen nicht zustimmen. (Beifall links.) Mit der Prüfung der Frage ist es uns aller Ernst. Sämtliche Mitglieder des preussischen Staatsministeriums stimmen in dieser Frage überein. Es ist doch mindestens eine ganz ungewöhnliche Forderung, einem Fabrikanten oder Händler zu verweigern, die Waare, die er an den Mann zu bringen sucht, so auszufalten, wie es in seinem Interesse liegt. (Widerpruch rechts.) Für einen solchen Schritt in der Gesetzgebung fehlt es an jeder Analogie. Wenn man ihn schon hätte, müßte man wenigstens erwarten, daß er erfolgreich wäre, das ist aber nicht der Fall. Das Farbverbot kann ja außerordentlich leicht umgangen werden. Man braucht ja gar keinen Farbstoff zuzusetzen, um die gewünschte Farbe zu erhalten. Man kann dasselbe erreichen durch dunkler gefärbte Oese. Was wollen Sie mit der Margarine anfangen, die aus dem Auslande importirt wird? Dem Ausländer kann das Farbverbot nicht auferlegt werden. Die fremde Margarine geht unter demselben Zollsaße ein wie die Butter; sie wird als Butter deklarirt werden, wenn man den Verkehr damit irgendwie erschwert. Wir können doch nicht jedes einzelne Kollo daraufhin untersuchen, ob es Butter oder Margarine enthält. Die Sache läßt sich absolut nicht durchführen. Welchen Zweck hätte also die Maßregel? Soll sie das Produkt als ein minderwertiges erscheinen lassen, um den Konsum einzuschränken und dadurch die Perspektive zu eröffnen, daß der Konsum an Butter zunimmt? Auf diese Argumentation können die verbündeten Regierungen nicht Rücksicht nehmen. Durch eine Beschränkung der Margarinefabrikation würde der Butterkonsum nicht vermehrt. Denn die Leute, welche heute Margarine verzehren, können die Butter nicht bezahlen. (Widerpruch rechts und im Centrum; Zuruf: Ist ja Unsinn!) Also sie sollen sie bezahlen können, aber sie ziehen die Margarine vor, und wenn ihnen diese zu theuer wird, so wenden sie sich einem anderen minderwertigen Fette zu. In diesem zweifelhaften Zwecke einen gesetzgeberischen Schritt zu thun, wie man ihn noch nicht gethan hat, ist nicht richtig. Die Erfüllung der Erwartung, welche man an diese gesetzgeberische Maßregel knüpft, ist nicht zu erwarten und deshalb wollen wir niemanden schädigen. Wir wollen die Margarinefabrikation nicht belästigen, sondern nur der Landwirtschaft nützen.

Der Antrag der Abgg. Schulz-Lupik, Paasche, Rothbart wird dahin geändert, daß der Bundesrath nur ermächtigt werden soll, den Zusatz von Phenolphthalein vorzuschreiben.

Abg. Wagem (B.): Die Erklärung des Staatssekretärs hat das Zustandekommen des Gesetzes erheblich erschwert. Die Vorlage hat den Zweck, einen unlauteren Wettbewerb zu beseitigen, (Sehr richtig! rechts), sie soll verhindern, daß die minderwertige Margarine als Butter verkauft wird. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Dazu dient das Farbverbot. Die Margarine hat an sich keine elstehaste Farbe, sie sieht dem Schmalz ähnlich und es soll nur verhindert werden, daß die Margarine so aussieht, wie die Butter. Die Arbeiter sollen geschügt werden dahin, daß sie Butter bekommen, wenn sie sie bezahlen, und wenn sie Margarine haben wollen, sollen sie diese zu dem richtigen Preise erhalten. Der Bundesrath würde unrecht thun, wenn er wegen des § 3 den ganzen Gesetzesentwurf verworfen sollte. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Es wird damit durchaus nicht ein neuer gesetzgeberischer Schritt gethan. Ein französisches Gesetz von 1866 enthält dieses Farbverbot. Wir sind daher entschlossen, an dem Beschlusse zweiter Lesung festzuhalten (Beifall rechts und im Centrum) und überlassen den verbündeten Regierungen die Verantwortung. Wir werden uns, um die Lage des Bundesraths nicht zu erschweren, an der sachlichen Berathung der weitergehenden Anträge nicht mehr betheiligen, sondern lediglich da-

gegen stimmen. Ich bitte den Bundesrath, die Sache noch einmal gründlich zu prüfen. Es liegt hier die Möglichkeit vor, den Wünschen aus agrarischen Kreisen entgegen zu kommen. Und das sollte man thun, soweit man es thun kann.

Abg. v. Poddieski (L.): Wir stehen auf dem gleichen Standpunkt wie der Abg. Wagem und werden dementsprechend auch handeln.

Abg. Herber (Soz.) tritt für die Befreiung des Farbverbots ein, seine Ausführungen sind aber bei der großen im Hause herrschenden Unruhe nicht verständlich.

Der Zusatzantrag Schulz-Lupik wird darauf abgelehnt und § 3 unverändert nach dem Beschlusse zweiter Lesung angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, der Freisinnigen, der großen Mehrheit der Nationalliberalen und des Abg. v. Stumm.

Zu § 7: „Getrennte Verkaufsräume“ erklärt der preussische Minister v. Hammerstein, daß diese Bestimmung die Vorlage für die verbündeten Regierungen unannehmbar mache. (Große Unruhe.)

Abg. Benoit verzichtet gegenüber der großen Unruhe auf das Wort.

Abg. Göy von Olenhusen (Welfe) verzichtet ebenfalls auf eine längere Rede und erklärt sich für die Streichung des § 7.

Abg. v. Blöth erklärt, daß § 7 für ihn und seine Freunde der Hauptpunkt des ganzen Gesetzes sei. Den weitergehenden Antrag, daß die Gastwirthe u. s. w. durch Anschlag bekanntgeben sollen, ob sie Margarine verwenden, zieht er aber für jetzt zurück.

§ 7 wird gegen die Stimmen der Linken und die Abgg. Prinz Hohenlohe-Schillingfürst und Müller-Warburg in der Fassung zweiter Lesung beibehalten.

Im übrigen werden die Bestimmungen ohne Debatte angenommen.

Zu § 21 beantragt Abg. Graf Mirbach, das Gesetz zum 1. Januar 1897 in Kraft treten zu lassen.

Abg. Richter beantragt dafür zu sehen: 15. Juli 1896. (Große Heiterkeit.)

Die Abgeordneten Wagem und von Mantuffel empfehlen dagegen, mit Rücksicht darauf, daß die verbündeten Regierungen Zeit zur Ueberlegung haben müssen, die Annahme des Antrages des Grafen Mirbach.

Abg. Richter: Ich möchte an Rücksichtnahme auf die verbündeten Regierungen nicht zurückbleiben und ziehe meinen Antrag zurück. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag des Grafen Mirbach wird angenommen und schließlich der Gesetzesentwurf im ganzen gegen die Stimmen der Linken genehmigt.

Es folgt die Verlesung der Interpellation des Grafen Arnim betreffend die Notirung der Lokopreise.

Abg. v. Bennigsen giebt dem Interpellanten anheim, mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses auf die Verhandlung zu verzichten.

Abg. Graf Arnim: Es war mein Wunsch, eine eingehende Erörterung aller einschlägigen Fragen herbeizuführen, glaube aber mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses besser zu thun, mich mit dem Antrage des Herrn v. Bennigsen einverstanden zu erklären. (Zurufe links: Das ist schade!)

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Das Wort erhält der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe: Ich habe dem Hause eine Allerhöchste Ordre mitzutheilen. Dieselbe lautet:

§ 1. Der Reichstag wird bis zum 10. November dieses Jahres vertagt.

§ 2. Der Reichskanzler wird mit der Ausführung dieser Ordre beauftragt.

Urkundlich u. s. w. Wilhelmshaven, am Bord Unserer Yacht „Hohenzollern“ den 1. Juli 1896.

Wilhelm, König, gegenw. vom Reichskanzler.

Ich habe die Ehre, dem Herrn Präsidenten das Original der kaiserlichen Ordre zu übergeben. Zugleich habe ich mich aber eines Antrages Sr. Majestät des Kaisers zu entledigen, indem ich in seinem Namen und in dem der verbündeten Regierungen dem Reichstag Dank und Anerkennung für die außerordentliche Opferwilligkeit und Hingebung auszusprechen, mit welcher das große Gesetzgebungsunternehmen dieser Tagung seiner Verabschiedung entgegengeführt worden ist. (Zustimmung.) Durch die in mühevoller Arbeit nunmehr gewährleistete Einführung eines einheitlichen bürgerlichen Rechts wird ein neues Band um die Nation geschlossen, dessen Bedeutung für die Stärkung des Reichs nach innen und für die Befestigung des Ansehens nach außen von großer Tragweite ist, das auf dem Gebiete unserer idealen und wirtschaftlichen Interessen reiche Früchte zeitigen wird, daß es das Bewußtsein gleicher Rechte für alle, aber auch gleicher Pflichten für das Vaterland und seine Mitbürger fördern und festigen möge, das ist ein Wunsch, den Sie, meine Herren, mit den der verbündeten Regierungen theilen. In dem der Reichstag für die Erfüllung dieses Wunsches die wesentlichen Grundlagen geschaffen hat — ich spreche das gern im Namen Sr. Majestät des Kaisers und seiner hohen Verbündeten aus — hat er sich um das Vaterland wohlverdient gemacht (Beifall).

Präsident von Buol erbittet und erhält die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen und fährt dann fort: Es drängt mich, im Namen des Hauses der Freude Ausdruck zu geben für die Anerkennung, die uns zu theil geworden und für den Dank, der uns gesagt worden ist. Wir werden darin den Lohn für unsere mühsamen und langdauernden Arbeiten in dem Gefühl der erfüllten Pflicht und sicheren Hoffnung finden, daß unsere Arbeit zum Segen des deutschen Vaterlandes gereichen möge. (Zustimmung.) Ich spreche Ihnen zugleich meinen persönlichen Dank aus für die Unterstützung, die mir vielfach bei meiner Amtsführung zu theil geworden ist.

Abg. v. Bennigsen: Ich fordere Sie auf, dem Herrn Präsidenten für die Hingebung, Umsicht und Gerechtigkeit, mit welcher er während dieser langwierigen, anstrengenden, aber auch erfolgreichen Session seines Amtes gewaltet hat, unsere dankbare Anerkennung auszusprechen dadurch, daß wir uns von unseren Sigen erheben. (Geschicht.)

Präsident v. Buol überträgt diesen Dank auf den Gesamtvorstand und schließt die Sitzung mit folgenden Worten: Noch eins liegt mir sehr am Herzen, desjenigen freudig und dankbar zu gedenken, der uns die hohe Anerkennung hat zu theil werden lassen. Ich kann dies nicht einfacher und kürzer, aber auch nicht mehr von Herzen thun, als indem ich Sie auffordere, aus vollem Herzen und aus voller Brust laut mit mir einzustimmen: Seine Majestät der Kaiser und König Wilhelm II. lebe hoch! (Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen und stimmen dreimal lebhaft in den Ruf ein. Von den Sozialdemokraten ist nur der Abg. Schmidt-Franfurt im Saal und sitzen geblieben; großer Tumult, unwillige Rufe; raus!)

Schluß 2 1/2 Uhr.

Kohales.

Das Lokal des Herrn Ed. Gursch in Stralau steht der Arbeiterschaft zur Verfügung.

Die Parteigenossen des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises werden darauf hingewiesen, daß die Expedition des "Vorwärts" etc. sich in Regie der Partei befindet. Pflicht eines jeden Parteigenossen in diesem Wahlkreise ist es, nur von dieser Stelle den "Vorwärts" und den sonstigen Bedarf an Parteiliteratur zu entnehmen. Abonnements werden an folgenden Stellen angenommen: Im Osten beim Spediteur Robert Bengels, Pruchstr. 30, Hof 1 Tr.; im Süd-Osten beim Spediteur Fritz Thiel, Staligerstr. 35 v. part., sowie an den sonstigen, den Parteigenossen bekannten Stellen.

Die Gewinne, welche bei der Bühnenerloosung gezogen wurden, die auf dem Parteifest des 4. Berliner und des Niederbarnimer Kreises in Weidensee stattfand, können nur noch bis zum Sonnabend, den 4. Juli, in der Zeit von 10 bis 2 Uhr und bis 8 Uhr gegen Vorzeigung des Looses bei dem Parteigenossen Klawitter, Sorauerstr. 14, abgeholt werden.

Auf das große Volksfest im Schlosspark zu Weidensee, das die Parteigenossen des 5. und 6. Reichstags-Wahlkreises für Sonntag, den 12. Juli, vorbereiten, wollen wir an dieser Stelle noch besonders aufmerksam machen. Während die Zeitung des bühnenlitterarischen Theiles des Programms, der in halbständlichen Aufführungen des Schauspiels "Weltenwende" im Theater-Saal und einem Zyklus von acht humoristisch-satirischen Gegenwartsbildern in der Singpielhalle besteht, den Genossen Lütz und Schäfers übertragen ist, werden etwa 800 Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes, sowie zwei ca. 40 Mann starke Kapellen von der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmänner für die gesungene und musikalische Unterhaltung der Genossen Sorge tragen. Außerdem finden für die Jugend Befestigungen und Kinderspiele im Freien statt, ferner Verloosung von Büchern und Bildern, Vorführungen eines Schwimmlandes und Radfahrervereins, Ball im großen Langsaal, großes Feuerwerk auf dem Wasser, Illumination des Sees, über den zum Schluß der als lebendes Bild dargestellte "Siegeszug der Arbeit" in feenhafter Beleuchtung dahinjahren wird. Die ganze Veranstaltung verspricht ein Volksfest im wahren Sinne des Wortes zu werden.

Militärökonomische Sozialpolitik. In unserer in Nr. 143 gebrachten Artikel mit dieser Ueberschrift läßt sich jetzt, wie zu erwarten war, der "Reichs-Anzeiger" vernehmen. Das offizielle Blatt befaßt im wesentlichen die von uns vorgebrachten Beschwerden der Arbeiter über die harten und wenig gerechten Bestimmungen der in der Gewehrfabrik zu Spandau bestehenden "Pensionskassen" und "Witwenkassen" und sucht die Härten damit zu entschuldigen, daß der Militärökonom als solcher kein Interesse an der von drei Meistern, drei Arbeitern und zwei Arbeiterinnen verwalteten Kasse habe. Eine Behauptung, deren Gegenheil von uns auch noch garnicht angenommen worden ist. Vielmehr finden wir Gelegenheit, bald auf den Artikel zurückzukommen, der im übrigen noch beklundet, daß jedem gekündigten Arbeiter anderweitig für ihn passende Arbeit in einem königlichen Institut besorgt worden ist, und daß Verhandlungen der von uns gerügten Sachungen seit geraumer Zeit in Verathung sind.

Die schwarze Liste der hiesigen Pianoforte-Fabrikanten, d. h. die von diesen herausgegebenen, trägt den offiziellen Namen: "Agitatoren-Liste" und ist ein Druckwerk, welches ohne Angabe des Druckers oder Verlegers seinen Weg in die Kreise der Interessenten gefunden hat. Zum bequemen Gebrauch der Unterzeichner ist die "Agitatoren-Liste" in drei Abtheilungen eingetheilt: Namen der Ausständigen - Krankenbuch-Nummer - Bemerkungen. In der ersten Abtheilung finden sich die Namen der Prospektirten alphabetisch geordnet. Die Liste weist 286 Namen auf. Charakteristisch ist, daß den gedruckten noch mehrere mit Tinte geschriebene hinzugefügt sind. Die zweite Abtheilung enthält das Geburtsdatum und die Krankenbuch-Nummer jedes Verzeichneten. Für Nichtangehörige der Ortsklasse sind besondere Bemerkungen, wie: Hamburger Zentralkasse, Freie Kasse, Hamburger Kasse vorgelesen. Die interessanteste Abtheilung ist die dritte. In dieser wird nämlich die Gemeingefährlichkeit der verzeichneten Geschlechter konstatirt und zwar durch Punkte (.). Je nach dem Grade der Gemeingefährlichkeit sind den einzelnen Namen ein, zwei, drei, vier und fünf Punkte beigelegt. Der letztere Grad muß wohl der erreichbarste sein, denn hier ist noch ganz besonders der Vermerk: "Versammlungsredner" beigelegt! Von den 286 auf der Liste Stehenden haben einen Punkt 107, zwei Punkte 87, drei Punkte 59, vier Punkte 14 und fünf Punkte 5. Diese erhalten nach dem Willen der Unternehmer überhaupt nicht mehr Arbeit in der Branche, die anderen haben je nach dem Grade ihrer Gefährlichkeit in dringenden Bedarfsfällen die Möglichkeit einer Aussicht auf Arbeit.

Von der antisemitischen Agitation. In rüben Austritten kam es Mittwoch Abend an den zum Andenken an Friesen errichteten Hügel und Denkstein in der Hasenbade. Dasselbst hatte sich eine größere Anzahl der zur Gewerbe-Ausstellung nach Berlin gekommenen Fremden, die vorher das Jahr-Deutlich auf dem historischen Turmpflege beschäftigt hatten, eingefunden. Ein Turmleutnant war gesungen worden und eben sollte ein Kranz auf dem Hügel niedergelegt werden, als plötzlich gegen 20 Störenfriede erschienen, die unter den Rufen: "Juden raus! Juden haben hier nichts zu suchen, die mögen zum Juden Jahr gehen!" den Kranz entziehen und über den Bretterzaun schleuderten. Die zuerst über diese Rohheit arg verblüfften Turner, unter denen sich übrigens nicht ein einziger Jude befand, stellten natürlich die Störenfriede zur Rede. Dieselben erklärten, daß sie es als jüdische Turner und Sportsmänner aus Wien und Breslau nicht dulden könnten, daß Leute mit semitischen Nasen den Ehrenhügel desjenigen schmücken, dessen Namen ihre Vereinnamung tragen. Es entspann sich eine Prügelei, in der die antisemitischen Kaufbolde unterlagen. Die Helde sollen sämtlich Wiener und Breslauer sein.

Zu der Disziplinarsache gegen den früheren Magistrats-Gehilfenarbeiter Walli ist die Voruntersuchung zum Abschluß gelangt, so daß nunmehr die Anklage erhoben werden wird. Zunächst für derartige Disziplinarsachen ist der Bezirksausschuß, gegen dessen Entscheidung dem Angeklagten das Rechtsmittel des Rekurses an das Obergericht freisteht.

Gegen die übermäßige Beugung der Schulkinder zu gewerblichen Zwecken hat die Polizeiverwaltung von Spandau jetzt eine Verordnung erlassen, welche verbietet, daß schulpflichtige Kinder vor 7 Uhr morgens und nach 7 Uhr abends zum Ausstragen von Backwaren, Milch, Zeitungen oder anderen Gegenständen, zum Regelaussuchen oder zu sonstigen Verrichtungen in Schankwirtschaften, zum Auswarten oder zum Handel mit Blumen oder anderen Gegenständen verwendet werden. Uebertretungen dieser Polizeiverordnung werden bei den Eltern oder deren gesetzlichen Vertretern und Personen, welche schulpflichtige Kinder in der verbotenen Art beschäftigen, mit Geldstrafe bis zu 30 M. oder Haft bestraft.

Das Aufgebot der deutschen Bankiers. In dieser von uns am 1. Juli gebrachten Lokalnotiz schreibt uns Herr Redakteur Trojan folgendes: In Ihrer Ausgabe vom 1. Juli bin ich, Trojan von der National-Zeitung genannt, Gegen diese Bezeichnung verwarre ich mich allein aus dem Grunde, weil daraus gefolgert werden könnte, ich gehörte zur Redaktion der "National-Zeitung". Ich gehöre der Redaktion keines anderen Blattes an, als der des "Kladderadatsch". Zu der "National-Zeitung" siehe ich, wie zu verschiedenen anderen

Blättern, für die ich schreibe, lediglich im losen oder Stückarbeiterverhältnis, d. h. ich biete Artikel an oder übernehme etwa gewünschte, wenn ich glaube sie machen zu können. Artikel von politischer Färbung schreibe ich einzig für den "Kladderadatsch", die andern aber können ruhig überall stehen, auch im "Vorwärts".

Für die Sprachrichtigkeit der Publikationen des Komitees für die Feier des 22. März 1897 kann ich nicht einstehen, da mir bis jetzt noch kein Schriftstück dieses Vereins zur Begutachtung vorgelegen hat. Ebenso wenig ist mir von einem an deutsche Bankiers gerichteten Schreiben des "Geschäftsausschusses" irgend etwas bekannt gewesen.

Mit der Bitte um gütige Aufnahme dieser Zeilen Hochachtungsvoll J. Trojan.

Das Herr J. Trojan von den Schriftstücken, die das Komitee mit seiner Namenszeichnung versendet, nicht einmal Kenntniz erhält, wirkt auf das Geschäftsgebahren dieser Patrioten ein sehr befremdliches Licht. Im übrigen hoffen wir, daß Herr Trojan es uns nicht übel nehmen wird, wenn wir ihn irrthümlich als Redakteur der "National-Zeitung" bezeichnet haben.

Eine Verkehrshörung entstand Mittwoch Abend auf der Strecke Berlin-Groß-Lichterfelde dadurch, daß in Lichterfelde die Maschine eines Vorortzuges auf dem Geleise sprang. Da insolge dessen das Geleise, das erst kürzlich für den Vorortverkehr gebaut ist, nicht benutzt werden konnte, so mußte ein Zug ganz ausfallen, die anderen wurden über die Ferngeleise geleitet. In der Nacht wurde der Schaden beseitigt.

Zur Nahrungsmittel-Kontrolle. Am Dienstag wurden bei einer Firma in der Zentral-Markthalle 2100 Stück Krebse beschlagnahmt und der Abbedeckung zur Vernichtung übergeben. Die Krebse waren verdorben und zu menschlicher Nahrung ungeeignet.

Mit Mord und Selbstmord hat am Donnerstag wieder eine Liebesgeschichte geendet. Der 43 Jahre alte Schreiber Hermann Linke, der nach seiner Angabe in der Vortelstr. 1 wohnt, sollte, dort aber nicht zu ermitteln war, hatte ein Liebesverhältnis mit der 30 Jahre alten Stepperrin Auguste Voigt aus der Fehrbellnerstr. 89. Diese war seit dem 26. d. M. in der Schuhfabrik von Theodor Simon u. Komp. in der Neuen Königsstr. 39 beschäftigt. Sie scheint ihren Liebhaber verschmägt zu haben; denn mehr als einmal äußerte sie, wenn sie wolle, den Linke sie nicht bekommen, und den sie haben könne, den wolle sie nicht. Andererseits wird aber auch behauptet, daß Linke verheiratet gewesen sei und zeitweilig einen Trauring getragen habe. Gestern Morgen gegen 6 1/2 Uhr sah man Linke schon auf dem Hofe des Grundstücks Neue Königsstr. 89, auf dem sich im dritten Stock die Simon'sche Fabrik befindet. Um 8 Uhr 50 Minuten die Voigt die Treppe zur Fabrik hinaufging, hörte man sie schreien: "Lieber Hermann, laß das doch sein!" Unmittelbar darauf fielen aber auf der Treppe drei Schüsse. Als Leute von oben und unten herbeieilten, fanden sie auf dem Treppenaufgang des dritten Stockes die Voigt in einer Ecke in die Knie gesunken mit einem Schuß in der linken Schläfe als Leiche auf. Linke hatte sie wohl an die Wand gedrückt und ihr dann sofort den tödlichen Schuß beigebracht. Der Mörder lag, von zwei Revolverkugeln getroffen, in einer großen Blutlache noch lebend in der anderen Ecke. Man holte einen Krankenwagen, um ihn nach dem Krankenhause am Friedrichshagen zu bringen; bevor man dort ankam, war er aber schon todt. Die Leiche des Mädchens wurde später von einem polizeilichen Leichenwagen nach dem Obduktionshause abgeholt.

Zu dem gefirgen Bericht über die Katastrophe auf dem neuen Konienkirchhof ist nachzutragen, daß Fräulein Kios und nicht Fräulein Kaprich nach ihrer Wohnung gebracht worden ist, wofelbst die Dame an den Brandwunden, die sie durch den Blitzschlag im Gesicht, an der Brust und an den Füßen erhalten hat, darniederliegt. Fräulein Kaprich ist im Krankenhause und fühlt sich verhältnismäßig wohl. Die achttjährige Tochter des Tischlers Richard Schmidt aus der Gdthefer, 68 befindet sich ebenfalls im Charlottenburger Krankenhause auf dem Wege der Besserung; der im Alter von 5 1/2 Jahren stehende Sohn des Herrn Schmidt, der am Hinterkopf getroffen worden ist, liegt jedoch noch ohne Besinnung darnieder. Der Knabe Kiepert, dessen Mutter erschlagen worden ist, ist am Schulterblatt getroffen worden und ist ebenfalls noch ohne Besinnung; man hofft aber, daß die Kinder, wenn sie auch jetzt noch körperlich schwach und mitunter wie geistesabwesend sind, in etwa 14 Tagen wiederhergestellt sein werden. Tragisch ist das Geschick der vom Blitz auf der Stelle getödteten 14jährigen Helene Gentsch. Das Mädchen wohnte mit ihrer Freundin Fräulein Kios am Sonntag zufällig der Beerdigung einer Frau auf dem Konienkirchhof bei. Während der Beerdigung rückte eine Frau Volkman aus der Schillingstraße, die Schwester der Frau, die eben begraben wurde, der Schlag und tödtete sie auf der Stelle. Frau Volkman wurde Mittwoch Nachmittag um 5 Uhr beerdigt. Da Helene Gentsch sie hatte sterben sehen, so wollte sie auch ihrer Beerdigung beiwohnen und drang so lange in ihre Freundin, bis auch diese mitging.

Der Berliner Ausschläger treibt weiter sein unheimliches Wesen. Von polizeilicher Seite wird mitgetheilt: Die nachträglich hier bekannt geworden, ist am 30. Juni nachmittags noch ein weiteres Kind, die sieben Jahre alte Anna Rowad, Philippstraße 3 wohnhaft, in der Stralauerstraße durch eine Schnittwunde im Gefäß verletzt worden. Im ganzen sind jetzt vier derartige Fälle bekannt geworden. Der Thäter ist noch nicht ermittelt.

Die Hungertragödie einer Künstlerin. Erschossen hat sich in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch die 31 Jahre alte Malerin Jenny v. Beechow aus der Königgräberstr. 58. Die junge Dame, die früher Schauspielerin war, wegen Krankheit aber nichts Rechtes leisten konnte, verdiente auch mit der Malerei nicht genug, um davon leben zu können. Sie gerieth daher immer mehr in Schulden und Bedrängnis, bis sie zum Revolver griff. Am Mittwoch früh fand ihre Wirthin sie, nachdem man die Thür gewaltsam geöffnet hatte, durch einen Schuß in die linke Schläfe getödtet im Bette auf.

Hazardspieler. Aufsehen erregt im Norden Berlins ein kriminalgerichtliches Verfahren wegen gewerblich und gewohnheitsmäßigen Hazardspiels, welches, der "Volls-Zeitung" zufolge, gegen eine ganze Anzahl mehr oder minder gut sturierter und wohlangelegener Bürger der Rosenthaler Vorstadt, des Wedding-Stadtheils und Gesundbrunnens im Gange ist. In der Strafsache, die sich noch in Untersuchungsverfahren befindet, sind mehrere Schächtermeister, ein Gastwirt, ein Fabrikant aus der Pringel-Allee, zwei Großfuhrleute, ein Großhändler, ein Schuhfabrikant etc. beschuldigt, an bestimmten "Gesellschaftsabenden", die zum theil in Privatwohnungen, zum theil in Schanklokalen abgehalten wurden, Hazardspiel zu haben. Die Einsätze waren ziemlich hoch.

Ein Geldbriefträger ist gestern Nachmittag 1 1/2 Uhr von zwei Burschen im Alter von ca. 17-18 Jahren in Hause Puttbusenstr. 14 überfallen worden. Werthe sind nicht abhanden gekommen. Die beiden Spitzbuben sind in ein gegenüberliegendes Haus geflüchtet und dort nach halbstündigem Suchen abgefaßt und von Schaulenten zur Polizeiwache gebracht worden. Der eine ist der 18jährige "Arbeiter" Ernst Schlatowski, der in dem Hause wohnt, wo der Ueberfall unternommen wurde, und der andere ist ein 18jähriger Tischler Namens Schulz. Der überfallene Geldbriefträger heißt Pithalla und ist beim Postamt 31 beschäftigt.

Durch einen unheimlichen Vorfal ist am Mittwoch Nachmittag das 2jährige Söhnchen Max des Kutschers O. aus der

Berlinerstraße zu Pankow um 7 Uebden gekommen. Er fuhr mit einem Wagen, der mit Schwefelsäure gefüllte Ballons geladen hatte, vor dem Hause in dem er wohnte vor. Sein Söhnchen war ihm entgegengekommen und lief neben dem Fuhrwerke her. Beim Halten fuhr O. an die Bordschwelle an, der Wagen bekam einen Ruck, ein Ballon fiel herab und ging in Trümmer. Der Inhalt ergoß sich über den Kleinen, der mit schweren Brandwunden bedeckt nach Berlin in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Hier ist der Kerusite noch am selben Abend seinen Verletzungen erlegen.

Zu der Poliklinik für Sprachstörungen von Dr. med. Alb. Siebmann, SO., Köpckeplatz 102 (1/2-1/4 Uhr), beginnen jetzt, wie uns berichtet wird, unentgeltliche Ferienkurse für Unbemittelte.

Zu der Geschloßfabrik zu Spandau wurde ein Arbeiter beim Schmelzen von Stofonium von der glühenden Masse überschüttet und an verschiedenen Körpertheilen entsehrlich verbrannt; schwer verlegt wurde er ins Krankenhaus geschickt.

Zu dem unheimlichen Vorfal auf dem Dampfer "Freya", der, wie feinerzeit gemeldet, durch den Streik des Feizers mit etwa 250 Personen mehrere Stunden fahrlos auf dem Kremnischen See trieb, wird jetzt mitgetheilt, daß die Hastentlassung des Feizers erfolgt ist. Die Untersuchung dürfte demnächst eingestellt werden; der Feizer scheint in sinnloser Trunkenheit gehandelt zu haben.

Die Tänzerin Valerie Jaremka, die sich am 26. Juni, nachdem sie Linte getrunken hatte, in selbstmörderischer Absicht aus ihrer im vierten Stock des Hauses Marienstr. 27 gelegenen Wohnung auf den Platz hinter dem Gergierhause des 2. Garderegiments hinabstürzte, ist bereits als geheilt wieder aus dem Krankenhause entlassen worden.

Eine aufregende Szene spielte sich am Mittwoch Abend auf dem Nizdorfer Bahnhof ab. Ein mit der Ringbahn angekommener Mann fiel plötzlich zu Boden und wurde von fürchterlichen Krämpfen befallen, gegen welche sich alle bekannten Mittel als vergeblich erwiesen. Der Unglückliche wurde daher nach dem Nizdorfer Krankenhaus gebracht, wo er am nächsten Morgen verstarb, ohne die Besinnung vorher noch einmal erlangt zu haben. Nach vorgelassenen Papieren ist der Verstorbene ein 45 Jahre alter Arbeiter Friedrich Wilhelm Brosse aus Berlin. Näheres über Wohnung und Angehörige ist noch nicht ermittelt.

Witterungsübersicht vom 2. Juli 1896.

Stationen	Barometerstand in mm. rebarit auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 32° F.)
Swinemünde	756	WSW	4	wollig	18
Hamburg	755	WSW	5	bedeckt	12
Berlin	757	WSW	4	wollig	18
Biesbaden	762	WSW	2	halb bedeckt	13
München	763	W	6	bedeckt	13
Wien	761	W	1	bedeckt	14
Saparanda	755	N	2	heiter	26
Petersburg	752	NO	0	wollig	21
Cort	765	NO	3	bedeckt	16
Aberdeen	761	NO	2	bedeckt	11
Paris	764	NO	3	wollig	15

Wetter-Prognose für Freitag, den 3. Juli 1896. Ziemlich trübes, kühles, regnerisches Wetter mit mäßigen bis frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Auf der Sanitätswache der Gewerbe-Ausstellung wurden im Monat Juni 670, auf der Unfallstation 408, zusammen also 1078 Erkrankungs- und Unglücksfälle behandelt. Die Krankenwagen der Unfallstation mußten in diesem Zeitraum 29 Mal in Thätigkeit treten und 17 schwerer erkrankte Personen wurden mittels Tropfen nach Krankenhäusern resp. ihren Wohnungen befördert.

Das Komitee der "Volksnahrung" hat beschlossen, allen Schulkindern, welche in Begleitung ihrer Lehrer in Gruppen die Ausstellung besuchen, eine Portion Witttagessen mit Fleisch, oder eine Tasse Chokolade mit Nüssen für den Preis von 10 Pf. zu verabreichen. Nach allem was über Herrn Abraham und sein Unternehmen bekannt geworden, kommt uns die den Lehrer und Kindern gestellte Zumuthung sehr paßrecht, um festzustellen, was an der Volksnahrung gutes ist.

Vier Klassen der 174. Gemeindefschule besuchten am gestrigen Tage die Ausstellung unter Führung ihrer Lehrer und besichtigten auch einen Theil der Spezialausstellungen. Die Verwaltung der Zwölfs-Uhr hatte in entgegenkommender Weise den Kleinen freien Eintritt gewährt.

Die Frage der Erhaltung der Ausstellungs-Gebäude im Treptower Park hat noch nicht entschieden werden können, weil die Meinungen der Architekten über die Dauerhaftigkeit der nur für einen Sommer berechneten Bauwerke auseinandergehen. Bevor der zur Berathung dieser Frage eingesezte Ausschuß zu einer Sitzung zusammentritt, wird eine nochmalige Befichtigung der Gebäude vorgenommen werden. Soviel steht schon fest, daß lediglich das Haupt-Industriegebäude und das Restaurant von Adlon u. Dressel in Frage kommen, und bezüglich deren Haltbarkeit schwanken die Angaben der Architekten zwischen drei und acht Jahren. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, dürfte der Magistrat bei voranschreitlich achtjährigem Bestehen dieser Gebäude deren Erhaltung empfehlen, andernfalls aber von weiteren Schritten Abstand nehmen.

Kunst und Wissenschaft.

Deutsches Theater. Eine unheimliche Wanderlust hat die verschiedenen Theater-Direktionen Berlins ergriffen. Das Künstlerpersonal von Alt-Berlin ist der Noth gehorchend nach dem Berliner Theater gerückt, die Truppen, die Herrn Lanterburg's Kunstempel zuletzt bevölkert haben, zogen von Schiffbauerdamm gen Süden dem Kreuzgebirge zu, und im Deutschen Theater ist jetzt das Personal des Lessing-Theaters zu Gasse. Dafür spielt in Blumenthal's Hause die hamburgische Operettentruppe und im Neuen Theater eine Budapester Tengelangel-Gesellschaft. Was die Theater-Direktionen zu solchen in ihren finanziellen Erträgen wohl immer höchst fragwürdigen Experimenten veranlaßt, ist schwer zu ergründen; vielleicht trifft die Annahme zu, daß die ausgedehnten Kunstkräfte, auch wenn sie von besserer Qualität sind, während der langen Winterspielzeit nicht mehr so viel erübrigen, um in Titrol oder Heringsdorf ihre strapazierten Nerven auf einige Wochen zu stärken, und daß sie daher gleich dem minder qualifizierten Lohnarbeiter sich ohne Unterbrechung Jahr aus Jahr ein abschinden müssen, um zu leben. Es mag dieser Drang sich vereint haben mit der Hoffnung der Direktoren, daß die Gewerbe-Ausstellung eine ununterbrochene Spielzeit lohnend erscheinen lasse, eine Hoffnung, die dank dem nächsten Sinn der Ausstellungsbanner allerdings gründlich getrogen hat. Auch bei der ersten Vorstellung, die Herr Blumenthal am Mittwoch im Deutschen Theater geben ließ, und die gleichfalls die ungelöste Frage stellte, warum denn die Künstler nicht

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Verwaltung Schöneberg.
Sonntag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Obst, Grunewaldstraße 110:

Beschließende Mitglieder-Versammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Nur Mitglieder haben Zutritt.
299/4 Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonntag, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Lokale des Herrn J. Henke, Rannhustr. 27.

Tages-Ordnung:
1. Ergänzungswahlen des Vorstandes und der Kommissionen. 2. Die nächsten Aufgaben der Organisation. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiches und pünktliches Erscheinen.
Der Vorstand.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Kollegen werden ersucht, mit sämtlichen Billets abzurechnen.
286/18

Zimmerer Berlins und Umgegend!

Sonntag, den 5. Juli, vormittags 10 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
im Fern-Palast, Burg- u. Wolfgangstraßen-Ecke.

Tages-Ordnung:
1. Die Erfolge unseres diesjährigen Streiks und wie erhalten wir uns dieselben. 2. Aufstellung der Kandidaten zu den Gewerbegerichtswahlen. 3. Wahl von Revisoren zur Revision des Agitations- und Unterstützungs-fonds. 4. Verschiedenes.
In dieser Versammlung müssen die Berliner Zimmerleute voll-zählig anwesend sein.
Die Lohnkommission.

Verband der Bauarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)
Sonntag, den 5. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, in Scheffer's Salon, Inselstraße 10:

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1896. 2. Stellungnahme zum Verbandstag. 3. Die Schreibweise des „Bauhandwerker“ (betr. Versammlungs-bericht vom 5. Mai d. J.) 4. Verbandsangelegenheiten.
Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.
82/14 Die Ortsverwaltung.

Drechsler.

Montag, den 6. Juli 1896, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Unsere Lohnbewegung und welche Forderungen gedenken wir zu stellen? Die Werkstatt-Fragebogen werden in der Versammlung ausgegeben. Der wichtigen Tagesordnung halber ist das pünktliche Erscheinen eines jeden Drechslers unbedingt erforderlich. Die Versammlung wird präz. 8 Uhr eröffnet.
301/1 Der Vorstand.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend.

Sonntag, den 5. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße 33.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Kassenbericht. 3. Beschlussfassung über das neue Statut. 4. Verschiedenes und Fragelasten.
Der Vorstand.
NB. Die diesjährige Landpartie (Dampferpartie) des Vereins findet am Montag, den 13. Juli, morgens 7 Uhr, vom Restaurant Herold (an der Jannowbrücke) aus statt. Zu recht reger Beteiligung ladet ergebenst ein
34/18 Das Comité. J. A.: Wiegand, Volkmarstr. 51.

Verband der Sattler und Tapezierer.

Filiale Centrum.
Sonntag, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Pasch, Alte Jakobstraße 83:

Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
287/18 Der Vorstand.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß zu den am Sonntag, den 5. Juli, stattfindenden Vorstellungen noch Billets à 60 Pf. am Freitag und Sonnabend im Arbeits-nachweis zu haben sind.
293/16 Der Vorstand.

Verein der Einsetzer (Tischler) Berlins u. Umg.

Sonntag, den 5. Juli, vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstraße 44:

Ordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Kassen- und Revisionsbericht vom 2. Quartal. 2. Bericht der alten Arbeitsvermittlungskommission und Wahl einer neuen Arbeitsvermittlungskommission. 3. Bericht der Arbeitsvermittlungskommission. 4. Lokalfrage. 5. Verschiedenes. 6. Fragelasten.
59/18 Der Vorstand.

Dampferfahrt mit Musik

Sonntag, 5. Juli nach Neuen Krug bei Neu-Rahnsdorf, veranstaltet von den

Posamentenarbeitern und -Arbeiterinnen
Belustigung für Jung und Alt.
Billets à 1,25 Mk. sind zu haben bei Lüssburg, Alte Jakobstraße 86.
Abfahrt 7 Uhr morgens Waisenbrücke (Logenpark).
Die ausgegebenen Billets nach Heesenwinkel behalten hierzu ihre Gültigkeit.
153/8 Der Vorstand.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 5. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr,
Mitglieder-Versammlung der Filiale II Berlin des Zentralverbandes deutscher Maurer
in Cohn's großem Saal, Benthstraße 20-22.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Pinn über: Entstehung der Kunstwesen und die ersten Streiks. 2. Diskussion. 3. Abrechnung des Kassirers vom zweiten Quartal 1896. 4. Gewerblichliches.
136/20
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Auch werden in der Versammlung die Zahlstellen-Verzeichnisse der Hilfskassirer, welche gedruckt vorliegen, vertheilt.
Die Lokalverwaltung.

Fachverein der Bilderrahmenmacher

Berlin u. Umgegend.
Todes-Anzeige.
Dienstag früh starb unser Kollege
Eim
an der Prostatierkrankheit.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. d. M., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jerusalemer Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
44/9 Der Vorstand.

Orts-Frankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe in Berlin.

Ausserordentliche Generalversammlung
sämtlicher Herren Delegirten der Arbeitgeber und Rassenmitglieder am
Sonntag, den 11. Juli 1896, präz. 8 1/2 Uhr abends, im Restaurant des Herrn Schöning, Köpnickestr. 68, Hof geradeg.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Antrag auf Abänderung der §§ 14, 16, 23, 25 und 26 des Statuts. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Berlin, den 2. Juli 1896.
Der Vorstand.
J. A.: E. Davidshäuser, Vorf. Elisabethstr. 45b. 2514b

Orts-Frankenkasse der Adler und Siebmacher.

Sonntag, den 12. Juli, vorm. 10 Uhr, in Wille's Restaurant, Andreasstraße 26:
Ausserordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
Beschlussfassung über folgenden Nachtrag zum Statut: 2515b
Die ärztliche Behandlung wird durch die Mitglieder eines Kreisvereins gewährt, unter welchen den Rassenmitgliedern die Wahl nach Maßgabe des zwischen der Klasse und dem Kreisverein zu schließenden Vertrages freisteht. Ferner ist in den Paragraphen das Wort Kassenarzt zu streichen und Vereinsarzt zu setzen.
Der Vorstand.
W. Kusch, Vorsitzender.

Allen Kollegen und Freunden meines Mannes, des Möbelpolirers Bernhard Borchardt,

die traurige Nachricht, daß derselbe am 30. Juni verstorben ist. — Die Beerdigung findet Sonntagabend 6 Uhr von der Leichenhalle des Jüdischen Kirchhofes in Weissensee aus statt. 2518b
Um Beteiligung bittet
Die trauernde Wittwe, Zionkirchstr. 2.
Für die vielen Beweise innigster Theilnahme bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes, insbesondere dem Verein der Maler „Geselligkeit“, sowie dem Gesangsverein „Bleid treu“ sage meinen tiefgefühlten Dank.
Die trauernde Wittwe. 2511b
Auguste Zimmermann.

Sargmagazin

und **Beerdigungs-Comptoir** von
J. Kosin, Georgenkirchstr. 66.
Auf schriftl. Aufford. sofort. Erscheinen.
Herren-Schreibtisch, nußbaum, bill. b. Sp., Gr. Hamburgerstr. 21, 1 Tr.
Batten - Zed 2519b
à Pfd. 50 Pf., 5 Pfd. à 45 Pf., Caffee ohne Knochen à Pfd. 75 Pf.
C. Schubert, Prinzenstr. 25.
Der Maschinenkonstrukteur zum Selbststudium
in Lieferungen à 60 Pf. 2471b
B. Simonsohn's Buchhandlung, Berlin N., Zwalldenstr. 188.
Augeschmuckte Languetten - Damenhemden und Herrenhemden, hochfeine Waare, 1/4 Dgd. M. 4.50. C*
D. Meyerson, Blumenstr. 6 I.

Achtung, Maurer!

Am Sonntag, den 5. Juli, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c (Engl. Garten):
Große öffentliche Versammlung
aller Maurer Berlins und Umgegend,
die bisher auf dem Boden der losen Vertrauensmänner-Zentralisation gestanden haben und noch stehen.
Tages-Ordnung:
1. Die Konferenz der deutschen Maurer am 12. Juli in Magdeburg. 2. Delegirtenwahl. 3. Verschiedenes.
Alle Maurer, die ein Interesse an der Organisation haben, sind ganz besonders eingeladen.
140/17
Der Einberufer: Fritz Kater, Lübeckstr. 86.

Zentral-Verband deutscher Maurer

und verw. Berufsg. Zahlstelle Berlin I (Buzer).
Sonntag, den 5. Juli, vormittags 11 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Inwieweit sind die im Frühjahr dieses Jahres aufgestellten Tarifsätze von den Kollegen durchgeführt? 2. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder bittet
Der Bevollmächtigte.
295/5
NB. Das Stiftungsfest findet Umstände halber nicht am 8. August, sondern am 25. Juli in Puhmann's Vaudeville-Theater statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verein.

Heute, Freitag, den 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Schöning, Köpnickestr. 68: **Verwaltungsstung.** 301/8

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.
Dank-Str. 2.

Soblen ist erschienen:

Die Arbeiterschutzes-Gendhelei

der bürgerlichen Parteien im Reichstage.
Nach dem stenographischen Bericht der Reichstags-Debatte über die Bundesraths-Verordnung zum Schutze der Bäcker-Beitler am 22. und 23. April 1896.
Mit einem Nachwort von August Bebel.
Preis 15 Pfg. Porto 5 Pfg.

Seit Jahren tragen bei Wahlen etc. alle bürgerlichen Parteien ihr arbeiterschuttlches Herz zur Schau, ohne bisher ihr Versprechen auf wirksame Arbeiterschutzeserfüllung zu haben. Daß sie im Grunde davon gar nicht denken, daß beweisen diese Reichstags-Verhandlungen. Mit Ausnahme des Zentrumsbundes haben alle Vertreter der bürgerlichen Parteien sich gegen diese Schutzvorschriften ausgesprochen, und wie bei der Zukunftsstaats-Debatte Eugen Richter Arm in Arm mit Stöcker gegen die Sozialdemokratie donnerete, so gingen hier Graf v. Helldorf und Richter einig im Kampfe gegen die Verkürzung der Arbeitszeit — auf 12 Stunden. Zur gewerkschaftlichen und politischen Agitation bestgeeignete Broschüre.

Soblen in zweiter Auflage erschienen und für die Massen-Verbreitung bestimmte Schrift:

Arbeiter-Katechismus

Eine sozialdemokratische Antwort auf das
Preis-Ausschreiben des Pfarrers Weber in M. Gladbach.
Preis 10 Pfg. Von A. Caswer. Porto 5 Pfg.

Diese Schrift widerlegt in einfacher Darstellung die landläufigsten Vorurtheile und Einwände gegen die Sozialdemokratie und behandelt in verschiedenen Kapiteln dieselben Fragen vom sozialdemokratischen Standpunkt aus, welche der im Sinne des Herrn v. Stumm christlich-sozialer Parve als Vertheilung zur Verantwortung gestellt hat: Pflichten des Arbeiters gegen sich, Frau und Kinder, gegen seine eigenen Klassenangehörigen, gegen die Gesellschaft, gegen Vaterland, Kaiser und Reich etc. Um die Verbreitung in den Kreisen zu ermöglichen, die noch völlig indifferent der Arbeiterbewegung gegenüberstehen, ist der Preis auf 10 Pfg. festgesetzt; für Vereine und Komitees, welche die Schrift zu Agitationszwecken in größeren Vollen beziehen, wird dieser Preis noch wesentlich herabgesetzt.

Pneumatic Rover
prima Fabrikat, niedrigste Kassenpreise, konf. Theilablungen n. Wunsch, Garantie. Kl. Hamburgerstr. 24/25.
Tischerei sofort bill. zu verkaufen
Alexandrinenstr. 8. 2452b

Bettfedern, dreifach gereinigte neue, vorzügl. füllend, Pfund 60, 70, 80 Pf.
Halbbannen 1,10. Halbbannen, überhell, 1,20. Bannen von vorzügl. Qualität (8 Pf. gereinigt zum größten Oberbett) Pfund 2,75, empfiehlt das als streng reell bekannte, 1870 gegründete Spezialgeschäft v. S. Pollack, Franzstr. 61, am Vorplatz.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glode in Berlin. Druck und Verlag von Max Gading in Berlin.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 8. Juli.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Das Heimgen am Meer.
Deutsches Theater. Comtesse Oudert.
Kessing-Theater. Das Modell.
Berliner Theater. Fiddie u. Sohn.
Schiller-Theater. Bürgerlich und Romantisch.
Neues Theater. Das Damenduell. Hierauf: Das Frauenbataillon.
National-Theater. Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
K. Aden-Theater. Der Stellvertreter. Vorher: Erlauben Sie Madame!
Adolph Ernst-Theater. Das flotte Berlin.
Felle-Alliance-Theater. Der Fall Clemenceau.
Friedrich-Wilhelm-Stadt. Konzert-park. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
 (Wallner-Theater.)
 Freitag, abends 8 Uhr: Bürgerlich und Romantisch. (Katharine von Hofen: Frau Clara Meyer a. G.)
 Sonnabend, abends 8 Uhr: Onkel Fräz.

Alt-Berlin.
 Bei günstiger Witterung nachmittags 4, 6 und 8 Uhr:
 Drei grosse historische Umzüge.
 Altdösisches Musikkorps. Kapellmstr. Stroller.
 Nur kurze Zeit:
 Erste Wiener Kapelle & la Strauss: Kapellmeister Fischer.
 Süddeutsches Doppel-Quartett "Alleanzia".
 Eintritt: 25 Pfg.
 Donnerstag — bis 6 Uhr — 50 Pf., später 25 Pf.

Adolph Ernst - Theater.
Das flotte Berlin.
 Große Ausstattungs-Gesangsposse in 8 Akten v. E. Treplow u. G. Jacobson, Kuplets u. Quodlibets v. G. Göpp. Musik v. G. Steffens.
 2. Akt: Alt-Berlin.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.
 Große Frankfurterstrasse 132.
 Direktion: Max Samst.
 Volksvorstellung zu bedeutend ermässigten Preisen.
Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
 Große Posse mit Gesang von Hugo Basse.
 Regie: Fritz Schäfer.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
National-Theatergarten.
 Großes Konzert. — Theaterstücke. Spezialitäten 1. Ranges.

Apollo-Theater
 und Konzert-Garten
 Friedrichstrasse 218. Dir. J. Altek.
 Vollständig neues Programm.
30 Kunstkräfte 1. Ranges.
 Nur noch bis 4. Juli:
Die Spree-Amazone.
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. — Anf. der Vorstell. 8 Uhr.
 Sonntag, den 5. Juli 1896:
 Mit vollständig neuer Ausstattung neu einstudiert!!
Ein Abenteuer im Harem.
 Burleske in 1 Akt von Mannstädt. Musik von Linde.

Reichshallen-Garten
 Leipziger Strasse, am Büchsenplatz.
 Täglich
Norddeutsche Sängerkorps
 ungeheurer Erfolg der „Ulk-Parodie“
Alle fünf Barrisons
 Hoffmann mit: „Wer weiss, ob wir uns wiedersehen.“
 Anfang Sonntags 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr.
 Entree 30 Pf., Reservierort Pl. 50 Pf.
 Wird Sonntag wegen Regenwetter im Saal gespielt, beträgt das Entree durchweg 50 Pf.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
 Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater
 abends 8 Uhr.
 Invalidenstr. 57/62, Lebrt. Stadtbahn.
 Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr
 abends ab. Eintritt 50 Pf.
 Näheres die Tagesanschlüge.

Passage-Panopticum.
 42
wilde Weiber
 aus
Dahomey.

Castan's Panopticum.
 165 Friedrichstrasse 165.
Das Bärenweib
 phänomenales Naturspiel
 aus den Felsenbergen New-Mexico's!
 Illusionen — Kasper-Theater —
 Damen-Kapelle — Irrgarten.

KAIRO
 Spezial-Ansstellung
 von 10 Uhr vormittags geöffnet.
Riesen-Arena:
 6 und 8 1/2 Uhr nachmittags.
 Massen-Schaustellungen
 der Beduinen.
Konzert
 von 4 Kapellen.
 Entree 50 Pfg.
 Elite- und Illuminations-Tage
 1 Mk.

W. Noack's
Sommer-Theater.
 Brunnenstr. 16.
 Täglich:
Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
 Im Saal:
Gr. Ball.
Theodora,
 Schwan in 1 Akt von G. Köppler.
Ein Mädchenpensionat
 oder:
Bacische,
 Ausstattungs-Posse mit Gesang in 1 Akt
 von Jakobson. Musik von Michaelis.

Viktoria-Brauerei
 Lützowstrasse III/112
 (nahe Potsdamer Platz).
 Heute, sowie täglich (außer
 Sonnabends):
Stettiner
Sänger
 (Koyse, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Rühl und Schrader).
 Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Im Vorverkauf sind Billets
 à 40 Pf. und Familienbillets à 1 M.
 (für 3 Personen gültig) zu haben.
 (Siehe Plakate.)
 Heute zum Schluss:
Cavalleria schufficana
 (Die Ehre des Schubbejacks).
 Romantisch-diabolisch-infernalische
 Oper von Ferdinando Mezzanino.

Feldschlößchen
 142 Müllerstrasse 142.
 Telefon: Amt Moabit 1213.
 Täglich:
Konzert, Theater.
Spezialitäten-Vorstellung.
 Das Fest der Handwerker.
 Sonntags: Großer Ball.
 Mittwochs: Tanzkränzchen.
 Theodor Boltz, Deconom.

2 Vorstellungen täglich Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr. **Bolossy Kiralfy's „Orient“**

Olympia
 Riesentheater.
 Grösstes Schauspiel der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!
Ostbahn-Park
 Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschook.
 Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.
 Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.
 Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
 Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf. **H. Jmbs.**

Schweizer Garten
 Am Königsthor. Am Friedrichshain.
 Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Moderne Zirkusmenschen.
 Große Posse mit Gesang in 4 Akteilungen.
 Im Saal: **Ball.** — Volksbelustigungen.
 Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Elektrische Beleuchtung.

Friedrichshagen. „Zum süddeutschen Emil!“
 Restaurant Gaidedpark, Seestr. 1.
 Schöster Familien-Aufenthalt; herrlich am Wasser und Wald gelegen.
 Von Station Hirschgarten durch schöne Waldparthie in 15 Min. zu erreichen.
 Große Vereinszimmer mit Piano; Regelbahnen, gute Speisen und Getränke in bekannter Güte; Spezialität: F. Weisküler.
 Freunden und Bekannten bestens empfohlen. **Emil Jost, Frankfurterstr. 89**
Freund's Inselgarten Empfehle allen Vereinen, Gesellschaften u. mein idyllisch gelegenes Lokal zu Sommerausflügen. Dampfer-Prühtucks-Haltestelle. Bei Kremfern wird Bräutigamsrückgang vergütet.
Pichelswerder.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Original-Löwenbitter ist aus passender Kräutern abdestillirt befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.
In Fl. Mk. 0,60. 1,10. & 1,80.
 Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Julius Wernau's
Festsäle und Garten
 Schwedterstrasse 23/24.
 Jeden Montag u. Mittwoch
Große
Spezialitäten-Vorstellung
 bei freiem Entree.
 Vereinszimmer u. Regelbahn zu vergeb.
 Allen Fremden und Genossen empfehle mein **Weiß- und Pilsener-Bier**, 50 Liter, sowie Vereinszimmer für 50 Personen, noch jeden Tag frei.
Karl Schmidt, Köpplerstr. 2.

Stolpe bei Wannsee
Restaurant Lindenhof
 Besitzerin **Wwe. Mattausch** empfiehlt Vereinen u. Gesellschaften seine inmitten herrlicher Waldung, unweit des Wannsees und Stolpe-sees gelegenen Lokalitäten. [52888]

Eck-Destillation
 Zu den 3 Raben
 Holzmarktstr. 19 u. Michaelbrücken-Edel, altes renomm. Geschäft vom 1. Okt. d. J. zu verm. Näheres daselbst b. Wirth.
Strickmaschinen
 aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten und ein leichter Erwerbssweig für Männer, Frauen u. Pösam.-Geschäfte. Erlernen leicht und gratis. Arbeit wird nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Vertreter **H. Homburger, Heilige-geiststr. 49, Berlin.** 53722
Fruchtwine-bowlen
 gar. rein, ausgezeichnet in Geschmack. **Maldrank** **Erdbeerbowle** **Pflirschenbowle** **Ananasbowle** **Eugen Neumann & Co.**
 Detail-Verkaufsstellen:
 Belle-Alliance-Platz 6a, Friedrichstr. 81, Oranienstr. 8, Genthewerstr. 29.
 Potsdam: Bäckerstr. 7.
Arbeitsanzüge **W. Pahr, Brunnenstr. 112.**

Achtung! Känstl. Zähne v. 8 M. an, Täglich wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Nervöden bei Bestellung umsonst. **Gudtel, Panikerplatz 2, Gieselerstr. 12**

Wissen Sie schon
 das **Brunnenstr. 110**
 (neben dem Pferdeban-Depot) bei **Ignatz Sello** vorzügl. Himbeer-, Kirsch- u. Fruchtsäfte, rein und dick, in feinst. Zuder einget. 110 M. pr. Str. Stonsdorfer inll. Orig.-Fl. (1/2 Liter) à 80 Pf., Halb und Halb, feinste Zitronensaft, Orig.-Flasche (1/2 Liter) inll. à 90 Pf., alten Nordhäuser per Liter 50 Pf., medic. Ungarwein Orig.-Fl. (1/2 Liter) inll. von 90 Pf. an, sowie sämmtl. Sorten Weine, Cognac's, Rum's u. Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu Engrospreisen beziehen. Ein Versuch sichert mir Ihre dauernde Kundschast. Bitte genau auf No. 110 zu achten. Fernsprecher Amt III, 1211.

Sophastoff-Regie
 in Lips, Damast, Cröpe, Phantasia, Gobelins und Plüsch spottbillig!
 Proben franko!
 in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Bräunstrasse 158.

Verwaltung der Kochanstalt
Stadt. Schlachthof
 verkauft von heute ab täglich (Sonntags vorm. von 7-9 Uhr):
Gefochtes Rindfleisch
 à 25 Pf. per Pfund. 5019L*
Gef. Schweinefleisch
 à 35 Pf. per Pfund.

Rohtabak.
 Grösste Auswahl! Billigste Preise. Sämmtliche Fabrikations-Mensuren.
Heinrich Franck,
 Nr. 185, Brunnenstrasse Nr. 185.
 Holz-, Kohlen-, Karibbet-, Häring- und Grünkraut-Geschäft, mit neuer Rolle und Wagen, großes Lager, ist krankheitshalber preiswerth zu verkaufen. Näheres bei Zubeil, Lindenstrasse 106. 2516b

Charlottenburg, Christi. 20.
 Bestend, altbeliebtes Restaurant zum 1./10. zu verm. Vogel. [24676*]
 Mein im vorigen Jahre neu erbautes **Wohnhaus, Stall und Scheune,** mit daranstehendem zwei Morgen großen, schönen Garten, an der Chauffee gelegen, mit flott gehendem Material, Mehl- und Futtergeschäft, sowie Flaschenbier-Handlung, will ich anderer Unternehmungen halber unter den günstigsten Bedingungen sofort verkaufen. [2517b] Briefe an die Exped. d. Bl. erbeten unter Chiffre **W. N. 410.**
 Schlafstelle bei Wittve Niehusen, Hochmeisterstr. 11, 3 Tr. 2510b

Arbeitsmarkt.
Achtung! Holzarbeiter.
 Die Lohnunterschieden in der Werkstatt von Kiehl, Schwedterstr. 5, sind noch nicht erledigt. Es befinden sich 15 Mann im Ausstand. 301/2
 Zugang fernhalten.
 Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes.
Achtung! Träger und Trägerinnen!
 Wegen Lohnunterschieden in der Pögerei F. Priester u. Co., Neubräßstrasse 82, haben sämtliche Träger die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. 162/20 **Der Vertrauensmann.**
Marton Arbeiterinnen verl. 23 o 111, Neue Friedrichstr. 48. 2367b*

Achtung!
Präger und Trägerinnen!
 Wegen Lohnunterschieden in der Pögerei F. Priester u. Co., Neubräßstrasse 82, haben sämtliche Träger die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. 162/20 **Der Vertrauensmann.**
Marton Arbeiterinnen verl. 23 o 111, Neue Friedrichstr. 48. 2367b*
Knabenmüchel-Arbeiterinnen verlangt bei sofortiger Auszahlung. Gitenstr. 18.
Farbiamacher und Barockgoldler verl. **Nante u. Co., Fichtestr. 8.**
Gute Bantischer verlangt **Boß, Bantischer, Dieffenbachstr. 38.**
Schleifer suchen sofort 2518b
Rob. Höfer & Co., Reparatur-Fahrradwerke, Nordhausen a. Harz.
 Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die Gewinnliste der preussischen Lotterie vom gestrigen Tage be-